

die der Stadt Wien, die den Reigen eröffnen. Einer von ihnen, Stadtrat Kummelhardt, phantasierte am 5. Januar vor Gewerbetreibenden davon, daß sich das Volk von Wien zum Ansturm auf die rote Tyrannin zu bereiten. Falls Neuwahlen keine Entscheidung brächten, werde ein Volksaufstand kommen — „und da können wir auf die Heimwehr zählen!“ rief er aus.

Wer die Machtverhältnisse in Wien kennt, lacht natürlich über solche aufgeblasene Redensarten, hinter denen nichts als die Wut verärgelter Epäher steht. Aber als Stimmungsbild sind die Reden solcher Wirtschaftsdemagogen immerhin zu beachten. Sie zeigen den Kurs an, den der Seipel so gerne einschlagen möchte.

Freilich, es wird nicht leicht sein, den Kummel zu wiederholen, der beim Verfassungskampf so klägliche Früchte gezeitigt hat. Schon deswegen nicht, weil die Heimwehr in den letzten Wochen eine Entwicklung genommen hat, die für Seipels faschistische Pläne — er bezeichnet sie selbstverständlich als die der „wahren“ Demokratie — alles eher denn günstig sind. In der Heimwehr geht es nämlich drunter und drüber. Die Enttäufung über den Ausgang des Verfassungskampfes hat einen Zerlegungsprozeß eingeleitet, dessen Resultate noch nicht abzusehen sind. Die militärischen Führer machen den zivilen Hauptern Vorwürfe, und umgekehrt. Es hat sogar in öffentlichen Versammlungen Zusammenstöße zwischen den streitenden Gruppen gegeben. Dazu kommen Konflikte der Heimwehren mit den bürgerlichen Parteien. Der dem agrarischen Landbund angehörige Innenminister Vinzenz Schump wurde aus der Heimwehr ausgeschlossen, was seine Partei damit quittierte, daß sie sich mit scharfen Worten gegen die Heimwehr wandte und beschloß, selbständige Bauernwehren aufzustellen. Nicht mit Unrecht höhnte der christlichsozialer Arbeiterführer Leopold Runschak, ein alter Feind der Heimwehren, recht grob und derb, daß das einst so stolze Heer der Heimatschützer nun „mit Gestank“ auseinanderlaufe.

Seipels diplomatische Künste werden kaum gewandt genug sein, die Entwicklung eine Wendung zu geben. In seinem Haß gegen die Arbeiterpartei und in seiner maßlosen Selbstüberschätzung hat er sich dazu verleiten lassen, in einem Augenblick mit neuen Forderungen zu beginnen, in dem eine weise Selbstbeschränkung das Gebot der Stunde für alle politischen Parteien Oesterreichs ist. Die Folgen dieser heroischen Tat werden nicht ausbleiben, weder für Seipel selbst, noch für diejenigen, die ihm noch immer Gefolgschaft leisten.

Die Opposition des Landbundes.

Wien, 9. Januar. (Eigenbericht.)

In Linz haben die oberösterreichischen Bauern zu der politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung genommen. Bei dem Aufmarsch der Bauern, der rund 20 000 Teilnehmer aufwies, hielt der Landbundführer Biehl eine Rede gegen die Christlich-sozialen. Er warf der Seipel-Partei vor, daß ihre Forderungen von den wirklichen Sorgen der Bauern keine Ahnung hätten. Dr. Seipel sei das wahre Unglück Oesterreichs. Seine Weisheitslehre werde nur noch von seiner maßlosen Herrschsucht übertritten. Die christlich-sozialen Großbauern und Grundbesitzer seien ganz able Kuscherer und Leutschtüder.

Die Bauern zogen nach der Rede Biehls vor das Landbundesgebäude. Es kam zu Tumulten und die Polizei mußte eingreifen. Immer wieder erscholl der Ruf „Nieder mit der Landesregierung“. Der christlich-sozialer Landeshauptmann Dr. Schögl versuchte vergeblich die aufgeregten Massen zu beruhigen. Erst in später Abendstunde legte sich der Sturm.

Reichsfanzler Müller antwortet.

Estafete Abfuhr für Duzenberg.

Kräftig wird mitgeteilt: Das an den Reichsfanzler gerichtete Schreiben des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren hat der Reichsfanzler wie folgt beantwortet: „Dem im Schreiben vom 7. Januar gestellten Antrage, das sogenannte „Freiheitsgesetz“ zu verhandeln, kann nach dem Verlauf des Volksentscheides nicht entprochen werden. Die Reichsregierung hat bei Zuleitung des Entwurfs eines „Gesetzes gegen die Verfassung des deutschen Volkes“ an den Reichstag bereits dargelegt, daß zur Annahme des Gesetzes durch Volksentscheid gemäß Artikel 76 Abs. 1 Satz 4 der Reichsverfassung die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist.“

Im übrigen hat sich an der Abstimmung nicht einmal die durch den Artikel 75 der Reichsverfassung vorgeschriebene Mehrheit der Stimmberechtigten beteiligt. Die in dem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung muß demnach als irrtümlich bezeichnet werden.

Was die im Zusammenhang mit dem Young-Plan in Ihrem Schreiben aufgeworfenen politischen Fragen anlangt, so wird nach Beendigung der Haager Konferenz im Reichstage Gelegenheit sein, Stellung zu nehmen.

Rein Panzerkreuzer B.

Rein Serienbau beabsichtigt.

Durch die Presse geht die Meldung, das Reichswehrministerium habe die Absicht, in den Etat für 1930 die erste Rate für den Bau eines neuen Panzerkreuzers „B“ einzusetzen. Diese Absicht sei durchkreuzt worden; im Marinetat 1930 — der sich im übrigen auf 100 Millionen Mark beläuft — erscheine darum kein Betrag für einen neuen Panzerkreuzer. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ knüpft an diese Mitteilung die Bemerkung, bei der Bewilligung der ersten Rate für den Panzerkreuzer „A“ habe es als Selbstverständlichkeit gegolten, daß vier Schiffe der Panzerkreuzerklasse gebaut würden.

Dazu ist folgendes zu bemerken: In der vom Reichsfinanzminister Dr. Hildebrandt vorgelegten Vorlage war ein Betrag für einen Panzerkreuzer „B“ nicht enthalten. Im übrigen hat der Etat für 1930 dem Marinetat noch gar nicht vorgelegen, so daß genaue Angaben über den Marinetat noch gar nicht gemacht werden können. Bei der Bewilligung der ersten Panzerkreuzerrate hat auch bei bürgerlichen Regierungsparteien die Zustimmung vorgeherrscht, daß damit nicht der Anfang für den Bau einer Reihe von Panzerkreuzern gemacht sei.

Die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Frage von Panzerkreuzerbauten ergibt sich klar aus ihren Beschlüssen zum Panzerkreuzer „A“ im Herbst 1928.

Dr. Kahl, der bekannte Industriellenfondus, gibt wegen Ueberfaltung die Mitgliedschaft bei dem Wandbalsauschuss des Reichsbundes auf; den Reichsfolger bestimmt der Rat, natürlich auf deutschem Vorschlag.

Reichsrat gegen Genossenschaften.

Zündwarenmonopol angenommen. — Kürzung des genossenschaftlichen Anteils. Bürgermeister Scholz gegen Genossenschaften.

Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag die Gesetzentwürfe der Reichsregierung über die Verlängerung der Geltungsdauer des Reichszielfengesetzes und des Mieterschutzgesetzes. Beide Gesetze sehen eine Verlängerung der jetzt geltenden Bestimmungen bis zum 30. Juni 1932 vor. Ferner nahm der Reichsrat den Gesetzentwurf über ein Zündwarenmonopol mit verschiedenen Änderungen an.

Der jetzige Entwurf über das Zündwarenmonopol sieht vor, daß die durch das Sperrgesetz von 1927 für die privaten Betriebe festgelegte Produktionsquote zu ein Drittel auf deutsche und zu zwei Dritteln auf schwedische Fabriken umgelegt werden soll. Ein Sonderrecht ist der genossenschaftlichen Produktion (GEG-Samburg und GEG-Röln) eingeräumt, die neben dem deutschen Drittel noch die Ermächtigung zur Herstellung von 23 000 Kartatzen mit je 2000 Schachteln erhalten soll. Der Aufsichtsrat der Monopolverwaltung soll je zur Hälfte aus deutschen und schwedischen Vertretern bestehen und einen deutschen Vorsitzenden haben.

Auf Antrag Sachsens hatten die Reichsratsausschüsse das Sonderrecht der genossenschaftlichen Produktion gestrichen, und zwar

aus Feindseligkeit gegen die Konsumvereine. Wäre auch das Plenum diesem Antrage gefolgt, so hätte die deutsche Wirtschaft durch Wegfall der Genossenschaftsquote dem Nachteil gewahrt und die mit der Herstellung dieses Teiles des deutschen Zündwarenbedarfes beschäftigten Arbeiter wären erwerbslos geworden.

Es gelang der preussischen Regierung, im Prinzip das Recht der genossenschaftlichen Produktion wiederherzustellen, jedoch wurde auch ein sächsischer und ein bayerischer Antrag angenommen, durch die die Genossenschaftsquote von 23 000 auf 19 000 Kartatzen herabgesetzt und ferner die im Regierungsentwurf vorgesehene Möglichkeit einer späteren Erhöhung des genossenschaftlichen Anteils beseitigt wird.

Diese Verschlechterungen wären nicht möglich gewesen, wenn nicht auch hier wieder die preussischen Provinzialbeamten die maßgebenden zum großen Teil gegen die preussischen Anträge gestimmt hätten. Bayern und Sachsen erhielten Zugang aus den preussischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und einmal sogar durch den Berliner Bürgermeister Scholz!

Die Pilsudski-Legende schwindet.

So etwas darf in Polen schon gedruckt werden.

Warschau, 9. Januar.

Der sozialistische „Nobotnik“ stellt in einem Artikel fest, daß es in Polen mit der Legende um Pilsudski zu Ende gehe. Seit Mai 1928 über Marshall Pilsudski in Polen die tatsächliche Diktatur aus. Im Juni und Juli 1928 habe die Macht Pilsudskis in seiner Volkstümlichkeit den den Volksmassen bestanden. Heute stütze sich das System nur auf physischer Gewalt. Ein solches System sei aber überall ein Koloß auf tönernen Füßen. Auf Ministerpräsident Bartel laste eine ungeheure politische Verantwortung. Polen habe genug von der Diktatur Pilsudskis. Der einzige Ausweg sei die friedliche Liquidation.

Unter Spionageverdacht verhaftet.

Warschau, 9. Januar.

In Graudenz ist Stanislaus Reimer unter dem Verdacht der Spionage zugunsten eines Nachbarstaates verhaftet worden, er ist Fabrikangestellter und soll mit seinem Bruder, der in Danzig Beamter ist, in Verbindung stehen.

Bartel gegen die Telephon-Spitzerei.

Warschau, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Bartel hat die Staatsanwaltschaft ersucht, nähere Feststellungen darüber zu treffen, ob in Polen eine telephonische Abhörstation besteht, da vor einigen Tagen ein wichtiges Telephongespräch Bartels mit dem Staatspräsidenten auf bisher ungeklärte Weise zur Kenntnis unbenannter gelangt ist. Die Opposition hat dem Postminister schon vor zwei Jahren die Errichtung einer Telephon-Abhörstation vorgeworfen.

Heute ist ein Mitarbeiter einer Warschauer Pressekorrespondenz verhaftet worden. Er hat in der Zeit vor der Regierungsbildung

eine telephonische Unterredung zwischen Bartel und dem Staatspräsidenten Rosicki belauscht und unzulässiger Weise in einem anonymen Bericht für die Presse veröffentlicht. Der Bericht hat bereits zugegeben, der Urheber dieser Veröffentlichung zu sein.

Besseres Wahlrecht in Ostoberschlesien.

Warschau, 9. Januar.

Das neue Wahlgesetz für den ostoberschlesischen Sejm enthält als wesentlichste Veränderung die Bestimmung, daß alle in der Wohnortschleife Schlesiens am Tage der Ausschreibung der Wahlen wohnhaften polnischen Staatsangehörigen wahlberechtigt sind. Bisher hatten das Wahlrecht lediglich Personen, die vor dem 1. September 1923 ihren Wohnort dort hatten. Die neue Bestimmung erweitert den Kreis der Wahlberechtigten um mehrere Tausend. Das Wahlrecht steht Frauen und Männern zu, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Gewählt werden wie bisher 48 Abgeordnete, die sich auf drei Wahlkreise verteilen: 1. Teschen, Bialy, Biele, Kohnit mit 18; 2. Kattowitz und mehrere Gemeinden des Kreises Kattowitz mit 15 und 3. Königshütte, die Kreise Swientochlowitz, Lornowitz und Lublinitz mit 15 Abgeordneten; Verhältniswahl.

Polen sprengen ein Polendental.

Kattowitz, 9. Januar.

Obwohl für die Ermittlung derer, die vor einigen Tagen das Aufständischendental in Boguski gesprengt haben, eine hohe Belohnung ausgesetzt worden ist und ihre Namen bereits bekannt sind, ist ihre Festnahme bisher noch nicht gelungen. Es handelt sich um drei Arbeiter, die alle dem Aufständischenverband angehören. Der eine, der den Sprengstoff besorgte, hat inzwischen Selbstmord verübt. Die beiden anderen sind flüchtig. Einer von ihnen, der als gewalttätiger Mensch bekannt ist, hat seine beiden Helfer bei der Kattowitzer Polizeidirektion angezeigt, da er glaubte, sich dadurch die ausgesetzte Belohnung sichern zu können. Der Boguski-Polizeikommissar ist seines Postens enthoben worden. Es steht fest, daß Winderheitsangehörige in keiner Weise beteiligt sind.

Die Sanktionsfrage.

Ein deutscher Abänderungsvorschlag wird ausgearbeitet.

Haag, 9. Januar.

Auf Grund einer Besprechung Curtius-Brich-Brand-Larblieu wird ein deutscher Abänderungsvorschlag zu dem französischen Entwurf in der Sanktionsfrage ausgearbeitet.

Wie aus Paris gemeldet wird, schreibt der sozialistische „Soir“: Wenn Ansehen nach wird die französische Regierung gezwungen sein, morgen oder übermorgen zuzugeben, daß ihr Standpunkt unhaltbar ist. Der Young-Plan hatte zum Hauptziel, die Reparationsdebatte der reinen Politik zu entziehen.

Sobald man die politischen Sanktionen hervorholt, verflucht man gegen den Geist der Verhandlungen, die im vergangenen Jahre eröffnet wurden.

Zahlen wird, wie Poincaré nach der Ruhrkrise, auf eine beratige internationale Lage stehen, daß er gezwungen sein wird, nachzugeben. Weder die hallenden Apokryphenreden noch die intransigenten Gesten werden zu etwas dienen. Wenn das Rheinland einmal geräumt ist, wird jede Vertiefung deutschen Gebiets als Kriegsinitiative erscheinen und eine Störung hervorrufen, die in sofortigen Konflikt auszuarten drohen würde. Zudem weiß, wie England einst über das Vorgehen gegen Düsselberg und über die Ruhrkrise urteilte. Die Worte, die Snowden neulich in Haag gesprochen hat, zeigen, daß

die Londoner Regierung gegen derartige Operationen auch in Zukunft

ist, und daß das ganze englische Parlament hinter jeder Regierung stehen wird, die sich solchen Operationen widersetzen würde.

Reichsfinanzen im November.

900 Millionen Fehlbetrag.

Der Monat November ergab im ordentlichen Etat Einnahmen in Höhe von 694,5 Millionen Mark Ausgaben in Höhe von 775,9 Millionen Mark und im außerordentlichen Etat Einnahmen von 7,9 Millionen Mark, Ausgaben von 13,6 Millionen Mark. Im ordentlichen Etat liegt für die Zeit von April bis einschließlich November 1929 ein Ueberschuß von 72,7 Millionen Mark vor, Berücksichtigt man den Fehlbetrag aus dem Vorjahr in

Höhe von 154,4 Millionen Mark, so stellt sich das Defizit für das laufende Etatsjahr einschließlich November auf 81,7 Millionen Mark. Im außerordentlichen Etat betragen die Mehreinnahmen für die Zeit von April bis einschließlich November 88,4 Millionen Mark. Durch den Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 604,5 Millionen Mark vermindert sich der Ueberschuß in ein Defizit von 81,7 Millionen Mark. Damit stellt sich der Fehlbetrag für November 1929 insgesamt auf 809,8 Millionen Mark.

Für die Kassenlage für den 30. November 1929 werden folgende Angaben gemacht: Zur Verfügung standen 1639 Millionen Mark (Oktober 1626 Millionen Mark). Die einzelnen Posten weisen keine wesentliche Veränderung auf, mit Ausnahme der kurzfristigen Darlehen, die sich von Oktober bis November von 268 Millionen Mark auf 344 Millionen Mark erhöhte haben. Die Ausgaben erforderten im November 1627 Millionen Mark (Oktober 1588 Millionen Mark). Der Bestand machte 12 Millionen Mark (Oktober 38 Millionen Mark) aus.

Die schwebende Schuld, die schon von September bis Oktober 1929 von 1182,7 Millionen auf 1219,5 Millionen Mark angewachsen ist, erhöhte sich im November auf 1319,2 Millionen Mark. Es liegt u. a. eine Erhöhung der kurzfristigen Darlehen von 268 Millionen auf 344 Millionen Mark vor, weiter eine Erhöhung des Reichswechselumschlags von 376,1 Millionen auf 400 Millionen.

Bilanz des Terrors.

247 Erschießungen in 2 Monaten in Rußland.

Das Vorker Kerenki-Blatt hat sich in seiner letzten Ausgabe der Aufgabe unterzogen, eine Liste der im letzten Vierteljahr 1929 in der Sowjetunion zum Tode Verurteilten auf Grund einer Reihe von größeren Sowjetzeitschriften zusammenzustellen. Die Statistik erstreckt sich nur auf Todesurteile, die „Strafaten“ mit politischem Hintergrund zum Anlaß hatten, wobei zu bemerken ist, daß durch die Informationsmethoden der Sowjetpresse so manches rein politische Verbrechen im Endeffekt als Bestrafung eines kriminellen Verbrechens erscheint, so daß in Wirklichkeit auch die Zahl der aus der Presse bekannt gewordenen Erschießungen mit politischem Hintergrund höher sein mag, als nachstehend zusammengestellt ist. Die Zusammenstellung ergibt, daß im Oktober 120, im November 127 Todesurteile gefällt wurden, bis mit Hilfe dieses unvollkommenen Verfahrens — auf Grund der Informationen der Sowjetpresse — registriert werden konnten.

Diese ungeheuerlichen Zahlen sprechen für sich. Der Terror wächst lautlos, aber — gründlich.

Der Republiksschutz.

Beratung im Strafrechtsausschuss des Reichstags.

Der Strafrechtsausschuss des Reichstags nahm gestern den § 5 des Republiksschutzgesetzes unverändert an. § 5 hat folgenden Wortlaut:

„Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwere Strafe androhen, bestraft: 1. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt, oder wer eine solche Verbindung unterstützt; 2. wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs) anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbesugt Waffen besitzen.“

Es folgte die Beratung über § 6, der folgenden Wortlaut hat:

„Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben der auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung 1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder abfällig der Berachtung preisgibt oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung bestimmt oder verläumdert; 2. die Reichs- oder Landesfarben beschimpft oder durch Befundung der Mißachtung abfällig in der öffentlichen Meinung herabzusetzen sucht; 3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung beschimpft oder verläumdert; 4. zu Gewalttätigkeiten der im § 3 und 4 Ziffer 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes begangen worden ist, verherzt oder ausbrüchlich billigt. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.“

Staatssekretär Zweigert sprach sich für unveränderte Annahme des Paragraphen aus. Er führte eine Reihe von Standalösen Beschimpfungen und noch standalöseren Gerichtsurteilen an, die diese Fassung notwendig machen.

Zum Schluß führte der Staatssekretär aus, daß der neue Gesetzentwurf in keiner Weise eine sachliche Kritik am Staat oder an den Mitgliedern der Reichs- oder Landesregierung verhindern will. Es kann aber keine Einschränkung der freien Meinungsäußerung bedeuten, wenn man die Beschimpfung der Staatsform und der vom Volke bestellten Vertreter des Staates sowie die Abfälligkeit, Staats- und Regierungsmitteln oder allgemeiner Berachtung preiszugeben, unter Strafe stellt. Weiterberatung Freitag.

Schaumburg-Lippe und Preußen.

Der Bückeburger Landtag berät über die Vereinigung.

Bückeburg, 9. Januar.

Im Landtag kam heute der Gesetzentwurf über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit dem Freistaat Preußen zur ersten Beratung. In einer Erklärung der Regierung wurde ausgeführt, daß durch Beschluß vom 4. April 1920 der Landtag die Landesregierung ermächtigt habe, neue Verhandlungen mit Preußen wegen des Anschlusses Schaumburg-Lippes aufzunehmen, unter grundsätzlicher Anerkennung des Standpunktes, den Preußen in einem Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten an den Reichsminister des Innern dahin präzisiert hat, daß ein Anschluß suchendes Land, das auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, weniger Staatsbesitz habe als Preußen, in keiner Form Anspruch darauf erheben könne, daß ihm ein Teil seines Staatsbesitzes als selbständiges Vermögen belassen werde.

Die Landesregierung beantragt, der Landtag möge beschließen, dem Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit dem Freistaat Preußen sowie dem zugehörigen Entwurf eines Staatsvertrages nebst Schlüsselprotokoll unter Beachtung der Vorschriften des § 57 der Verfassung des Freistaates Zustimmung zu erteilen und damit der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, den vom Landtag genehmigten Vertrag über die Vereinigung Schaumburg-Lippes mit Preußen mit der preußischen Staatsregierung rechtsverbindlich abzuschließen.

Der Landtag beschloß, die Angelegenheit zur weiteren Beratung einem Ausschuss zu überweisen, der sich aus sämtlichen Fraktionen des Landtags zusammensetzt.

Loßspindel Menapace.

Der Kiew der Anisofschisten.

Paris, 9. Januar. (Eigenbericht.)

In der Affäre der angeblichen antisowjetischen Verschwörung beginnt man jetzt endlich klarer zu sehen. Enthüllungen der Anisofschisten „Volonté“ scheinen den Beweis dafür zu liefern, daß es sich bei der ganzen Geschichte um das Werk von faschistischen Loßspindeln handelt. Danach sind die „Verschwörer“ Tarchiani, Cianca und Sardelli auf eine Anzeige der italienischen Woiwodschaft hin verhaftet worden. Die italienische Woiwodschaft hatte ihre Informationen von einem ihrer Loßspindel namens Menapace.

Dieser Menapace hat bereits mehreren Unschuldigen den Strick zu drehen gewagt und ihre Verhaftung veranlaßt. So hatte er u. a. mit dem jetzt verhafteten Professor Bernieri in Brüssel zusammengewohnt, sein Vertrauen erschlichen und dann seine Verhaftung veranlaßt, nachdem er vorher einen Revolver dem Professor in die Tasche geschmuggelt hatte. Bernieri leugnete ahnungslos, eine Schußwaffe zu besitzen. Er wurde dann, als man den Revolver bei ihm fand, verhaftet. Da sich bei der Verhaftung Tarchiani, Cianca und Sardelli der „Volonté“ zufolge ebenfalls auf Veranlassung des Menapace zahlreiche Analogien zum Falle Bernieri ergeben, liegt die Vermutung nahe, daß die in ihrer Wohnung beschlagnahmten Sprengstoffe, die ihnen kurz vor der Verhaftung in einer Kiste zugesandt wurden, gleichfalls von Menapace stammen.

Die faschistische Woiwodschaft in Paris hat sich bisher in tiefes Schweigen gehüllt. Die schweren Angriffe der „Volonté“ sind aber in so konkreter Form gehalten, daß die Woiwodschaft zu einer Stellungnahme gezwungen ist, wenn sie den schweren Verdacht eines künstlichen Komplotts zur Kompromittierung anständiger Politiker nicht auf sich ruhen lassen will.

Der steinerne Gast



im Berliner Lugasamüßerbetrieb.

Betrogene Betrüger.

Uralzeff und die Raiffeisenbank.

Die weitere Vernehmung des Russen Uralzeff vor dem Raiffeisen-Ausschuss ergibt die amüsante Tatsache, daß die Schädigung der Raiffeisenbank durch Uralzeff mit einem Betrug der Bank an Uralzeff anfing. Oder ließ sich der schlaue Russe gewissenhaft betrügen? Es ist darüber keine Klarheit zu gewinnen. Jedenfalls steht fest: Als die Raiffeisenbank das von ihrem Proturisten Ratke für 7,2 Millionen angekaufte Ostwollepaket um 6,8 Millionen an Uralzeff abzugeben suchte, war sich über den Richtwert der Aktien keinesfalls im unklaren. Uralzeff hat die Mittagspause benutzt, um eine Anzahl von Schriftstücken herbeizuschaffen. Er verließ u. a. auch eine selbststättlich vor einem Notar abgegebene Erklärung des früheren Großkaufmanns Rieba. Rieba hat im April 1924 im Auftrag der Raiffeisenbank den Wert der Ostpreussischen Dampfwollmüllerei geprüft. In seiner selbststättlichen Erklärung gibt Rieba an, was sich auch mit dem Aktieninhalt deckt, daß er sofort der Raiffeisenbank mitgeteilt hat, daß 7 Millionen für die Aktienmehrheit eine ungeheure Ueberbezahlung darstellten. Der Wert des gesamten Wertes sei höchstens 1 1/2 Millionen. Rieba hat der Raiffeisenbank auch mitgeteilt, daß es ihre Pflicht sei, den künstlich hochgehaltenen Wert der Dampfwollmüllerei, nämlich etwa 150, auf einen dem Wert entsprechenden Kurs herabzusetzen. Nach Riebas Ansicht wäre

berechnt gewesen ein Kurs von — 20!

Trotzdem hat die Raiffeisenbank bei dem Verkauf von 4400 Aktien an Uralzeff (etwa 90 Prozent des Aktienkapitals) einen Kurs von 155 zugrunde gelegt, fast das Achtfache! Werdings kann auch Uralzeff keinen Grund angeben, warum er auf dieses plumpe Räuber hinsetzte, obwohl er sich ein paar Tage Bedenkzeit ausgedacht hätte. Der der Raiffeisenbank an kaufmännischer Intelligenz sicher weit überlegene Uralzeff hat sich offenbar absichtlich hinstellen lassen, um die Direktion dann desto fester in der Hand zu haben. Die Folge war ja auch, daß er für seine Gefälligkeit Kredite über Kredite erhielt.

Die dann folgende Vernehmung des ehemaligen Abteilungsleiters Lieber von der Raiffeisenbank bedeutet einen neuen Zusammenbruch für die Raiffeisenbank. Lieber hat im Januar und Februar 1925 die als Sicherheit verpfändeten Uralzeffschen Warenlager in Berlin, Rotterdam und Hamburg revidieren sollen. Nach den Aussagen der Direktoren Seelmann und Schwarz sei diese Revision günstig ausgefallen, so daß man weiter Vertrauen zu Uralzeff haben konnte. Die Feststellungen Liebers hätten ergeben, daß die von Uralzeff angeführten Waren vorhanden gewesen seien und die an ihn gegebenen Kredite deckten.

Liebers Vernehmung zerstört auch diese Ausrade. Der Zeuge verliest die Protokolle über die Lagerrevisionen im Januar und Februar 1925. Er selbst bezeichnet sie als „Fragmente“, als „Anfänge einer Revision“. Die Protokolle ergeben, daß Lieber mangels eigenen Sachverständnisses die Hauptposten an angeblichen Edelchemikalien, Arzneien, Medikamenten usw. gar nicht schätzen konnte, sondern sich auf Uralzeffs eigene Angaben stütze und alles weitere einer späteren Nachprüfung vorbehalten mußte. Solche Vorbehalte hat der Zeuge allein im Protokoll

über die Revision des Berliner Lagers nicht weniger als vierzehnmal gemacht und gerade bei den entscheidenden Positionen.

Die von ihm verlangte Nachprüfung ist aber niemals erfolgt.

Auf die Frage, warum sie unterblieben sei, gibt der Zeuge an, daß er monatelang alle paar Tage, im ganzen vielleicht zwölf- bis fünfzehnmal gemahnt habe: „Alle meine Bemühungen aber, die Anfänge weiter fortzuführen, die Waren durch einen Sachverständigen prüfen und schätzen zu lassen, wurden von der Direktion der Raiffeisenbank nicht unterstützt, um nicht zu sagen: sabotiert. Schließlich stellte ich meine Mahnbriefe ein, weil ich mir einfach abern vorkam, wenn ich ein hundertmal schrieb, ohne daß irgend etwas daraufhin geschah.“ In Rotterdam hatte der Zeuge Lieber ein Lager von Anisofschisten zu prüfen. Er entnahm den Häusern Proben, die in Berlin von Sachverständigen begutachtet werden sollten. Vorstehender Abg. Lieber: „Sind denn nun diese Proben untersucht worden?“ Zeuge: Nein, niemals. (Große Bewegung.) Beiläufiger Abg. Ruitner: Hart Zeuge, Sie sind uns nun von der Direktion immer wieder als der Mann genannt worden, der die Direktion darüber beruhigt hätte, daß die Kredite an Uralzeff durch die Pfänder gedeckt seien. Zeuge: Das konnte ich gar nicht, denn ich hatte mit der Kreditgewährung an Uralzeff nichts zu tun und wußte nicht einmal, wie hoch die Kredite an Uralzeff waren. Berichterstatter: Direktor Schwarz beruft sich darauf, daß Sie eine eingehende Prüfung der Läger vorgenommen hätten. Zeuge: Eingehende? Ich belagte immer wieder, daß es nur der Anfang einer Prüfung war, die nur Zweck hatte, wenn sie fortgesetzt wurde. Berichterstatter: Haben Sie über das Berliner Lager irgendeine Verträge abgegeben? Zeuge: Das konnte ich gar nicht, weil die wichtigsten Voraussetzungen mir fehlten. Berichterstatter: Das Rotterdam Lager war von Uralzeff mit 2,7 Millionen Wert angegeben. Hier konnten Sie wenigstens die von Uralzeff selber aufgewendeten Einkaufspreise der Waren erfahren. Es war noch nicht eine halbe Million. Direktor Schwarz hat sich nun darauf berufen, daß Ihre Schätzung nur eine Teilanschätzung gewesen sei. Waren noch weitere Lagerbestände vorhanden? Zeuge: Nein, was ich geschätzt habe, war alles. Berichterstatter: Ich stelle also fest, daß die Direktion der Raiffeisenbank einen Bericht, der ein von Uralzeff mit 2,7 Millionen angegebenes Pfand kaum eine halbe Million wert erscheinen läßt, als eine Verhöhnung und als Bestätigung der Angaben Uralzeffs aufgefacht hat! Zwischenruf: Und ihm darauf hin noch weitere Kredite gegeben hat. Aus dem Bericht Liebers ergibt sich, daß Uralzeff bei der holländischen Lagerfirma de Bries nicht einmal die Lagerpreise hat zahlen können!

Dies wußte die Raiffeisenbank und erachtete Uralzeff trotzdem für 20 Millionen gut! Ein späterer Bericht Liebers ergibt, daß im Oktober 1925 ein Teil der im Februar festgestellten Waren aus dem Berliner Lager verschwand. Zu diesen Angaben wird sich Uralzeff selbst, der der Vernehmung Liebers schweigend beilohnte, in der am Freitag um 10 Uhr beginnenden nächsten Sitzung zu äußern haben.

Der Sturz der spanischen Währung.

Stürzt der Diktator mit?

Trotz aller beruhigenden Versicherungen und Erklärungen des spanischen Diktators Primo de Rivera und trotz des Erfolges der inneren Anleihe von 350 Millionen Goldpesetas stürzt die Peseta weiter. Das englische Pfund stand in Madrid vor einem Jahr auf 20,7, heute ist es auf 39 heraufgestiegen. Es ist also in einem Jahr um fast ein Drittel gestiegen.

Die Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden: Angeblich soll die ausländische Devisenpekulation an dem Pesetensturz Schuld sein, obwohl strenge Devisenvorschriften, wie wir sie von der Inflation her kennen, die Devisenpekulation sehr erschweren. In Wirklichkeit ist die Finanzpolitik der Diktatur für die Peseta, verflechtung vorantworlich zu machen, denn sie arbeitet mit ungeheuren Defiziten im außerordentlichen Haushalt, die eine verheerende Inflation darstellen. Die Staatsschulden sind in den letzten sechs Jahren um nicht weniger als 4 Milliarden Pesetas gestiegen. Dazu kommt die politische Beunruhigung des Landes, der jährlichen Rivera an der Macht, obwohl sie innerlich längst brüchig ist, der unauslösbare Wechsel politischer Versprechungen, mit dem Rivera die seiner Diktatur längst müde gewordene Bevölkerung vertröstet.

Wie lange wird sich ein Regierungssystem in einem Land noch halten können, das in einer Zeit, in der in allen in die Weltwirtschaft verflochtenen Ländern die Währung bereits stabiliert ist, es noch immer nicht zumege gebracht hat, seine Währung zu stabilisieren?

Liberale und Labour.

Sie wollen die Arbeiterregierung nicht stürzen.

London, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Das offizielle Organ der Liberalen erklärt in Erwiderung auf die Warnung des Ministerpräsidenten zu Asquith, daß ein liberaler Wagon zum Sturz der Arbeiterregierung nicht besteht. Die Liberalen innerhalb und außerhalb des Parlaments seien bestrebt, anständig Beziehungen zur Arbeiterpartei herzustellen. Ein großer Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten sei aus der Unmöglichkeit der Arbeiterpartei entstanden, die neue parlamentarische Situation als eine Last zu empfinden. Die gegenwärtige Regierung könne nicht dauernd ohne Zusammenarbeit mit einer der beiden anderen Parteien existieren.

Zur Seeabfertigungskonferenz ist die U.S.A. Delegation mit dem Dampfer „George Washington“ nach Europa abgereist. 100 Köpfe Personal und zahlreiche Journalisten fahren mit nach London.

Demagogie der Kommunisten.

Stadtverordnetensitzung wieder vorzeitig abgebrochen.

In der Berliner Stadtverordnetensitzung haben die Kommunisten gestern keinen guten Tag. Nachdem sie mit einem neuen Kräfte gegen die Polizei begonnen hatten, beruhigten sie sich wieder. Erwartet und ließen die Beschlüsse zur Arbeit kommen. Sie hofften, bei ihren Vorträgen zur Erwerbslosenfrage und zur Verkehrsfrage mit ihrer zur Schau getragenen „Arbeiterfreundlichkeit“ glänzen zu können. Aber die Redner der sozialdemokratischen Fraktion rissen den kommunistischen Demagogen die Maske vom Gesicht. Bei der Beratung des Erwerbslosenprojektes befragte das unsre Genosse Siegle so gründlich, daß die Kommunisten ihn mit Schreien und Tönen zum Schweigen zu bringen suchten, was ihnen nicht gelang. Zu den Arbeiterentlassungen bei dem Waggobau der Verkehrs-Gesellschaft gab Genosse Reuter die Erklärung in seiner sachlichen Art, gegen die das blöde Geklämmer der Kommunisten auf die Dauer nicht aufkommen kann. Ueber die Entlassung des Kommunisten Deter bei der Verkehrs-Gesellschaft sind seine Parteifreunde besonders erbost. Gegen seine Hege in dem Bericht der Stadt mandten sich scharf Stadtverordneter Genosse Schäfer. Auf die Ausfälle des Oberkommunisten Piesd gegen Schäfer antwortete die sozialdemokratische Fraktion mit stürmischen Protest. Angesichts der Haltung der Kommunisten, die mit Täuschungen drohten, schloß der Vorsitz die Sitzung.

Die Versammlung begann sofort mit einem Kommunisten-trasch. Herr Piesd forderte die Entlassung der Polizei aus dem Rathaus. Stadtrat Richter (Dnat.) habe Kriminalbeamten Anweisungen für die Räumung der Tribünen gegeben, und die Nationalsozialisten hätten um polizeilichen Schutz gebeten. So werden die Kommunisten demoralisiert — laut Herr Piesd mit Empörung. Die Nazis bestritten die Behauptung Piesds, Stadtrat Richter befähigte das, sprach sich aber für das Verbleiben der Polizei aus, da neben Geld und Gesundheit der Stadtverordneten auch Stabilität vor Eingriffen Außenstehender (und ins Rathaus widerrechtlich Eindringender) zu schützen sei. Die Kommunisten machten während der ganzen Angelegenheit großen Krach, Zwischen- und Jurufe flohen hin und her, man nannte sich Lügner, eine Bezeichnung, die gerade die Kommunisten verschämenderisch anwandten. Schließlich wurde ein die Entlassung der Polizei fordernder Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Nazis abgelehnt.

Dann begann endlich die praktische Arbeit. Die Bestätigung der für die Ausschüsse, Deputationen, Aufsichtsräte vorgeschlagenen Stadtverordneten wurde widerspruchlos erledigt, ebenso die Beschlüsse des vorbereitenden Ausschusses für die Zuteilung der Stadtverordneten an die Bezirksversammlungen. Ohne Debatte wurden den zuständigen Ausschüssen u. a. überwiesen: Vorlage über die Verwaltungsreform des höheren Schulwesens, Nachbewilligungen für Bauten im Bezirk Panitzsch. Ebenfalls ohne Debatte verabschiedet wurden eine ganze Reihe kleiner Vorlagen, darunter eine Neuregelung der Unfallversicherung für städtische Angestellte und Arbeiter. Abschließend wurde die Anforderung von Mitteln für die Aufführung eines Pavillons des Stättenbau-Kreisfrankenheuses in Berlin-Schlesische.

Zwei kommunistische Erwerbslosenprojekte hatte der Ausschuss so erledigt. Dem Projekt gegen die Verschleppungen, die das Erwerbslosenversicherungsgesetz bringt, schloß sich die Versammlung an; über die Wirkungen der außerordentlichen Arbeitszeiterhöhung forderte der Ausschuss Erhebungen über den Reallohn. In der Debatte beschwerten sich die Nationalsozialisten über Terror in den Betrieben, dabei gab's wieder sehr lebhaftes Jurufe und Gegengurfe zwischen Kommunisten und Nazis. Stadtr. Engel (Nat.-Soz.) beantragte, daß an Erwerbslose, die infolge politischer Einwirkungen ihren Arbeitsplatz verlieren, die Unternehmer die Unterstützung zurückzusuchen haben. Stadtr. Wisnewski (Komm.) tatte gegen die Nationalsozialisten, diese wieder gegen den Redner — von Erwerbslosenhilfe war wenig zu hören.

Wisnewski sagte: Die Arbeiterschaft müsse den Kampf führen gegen Unternehmertum, Nationalsozialisten und Erwerbslosentum.

Genosse Siegle

betonte, er habe keine Veranlassung, auf die Auseinandersetzung der Kommunisten und Nationalsozialisten einzugehen. Von der Kampfführung durch Kommunisten habe man einen Borgeisatz bekommen, als nach dem von den Kommunisten angezeigten Streik der Kraftwerksarbeiter vor einiger Zeit die Führer nicht aus und betend beim (sozialdemokratischen) Präsidenten des Amtes für Arbeitslosenversicherung um Hilfe und Ratsehen baten! (Lärm bei den Kommunisten!) Der Protest gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz stehe den Kommunisten schlecht an; sie wollten ja dieses Gesetz „im Feuer der Revolution verbrennen“.

Die kommunistischen Erwerbslosenprojekte seien Sand in die Augen der Erwerbslosen.

Bei den Kommunisten erhebt sich Lärm, der sich steigert, als Siegle den Kommunisten im einzelnen vorhielt, wie durch ihre verrückte Haltung Verbesserungen im Gesetz teils abgelehnt, teils durch die Haltung Versicherungen direkt hineingebracht wurden. Die fortgesetzten Jurufe verfolgten nur den einen Zweck, den Genossen Siegle als Gewerkschaftler zu provozieren. Nach einer sachlichen Würdigung des Erwerbslosengesetzes zeigte Genosse Siegle,

wie in Rußland die Erwerbslosen behandelt werden,

wie gerade dort die ungelerneten Arbeiter Wartezeiten bis zu zwei Jahren durchmachen müssen, während man hier in Berlin die Abschaffung jeder Karenzzeit fordert. Man könne doch von den Sozialdemokraten unmöglich verlangen, daß sie solchen kommunistischen Anträgen mit besonderem Vertrauen gegenüberstehen. (Großer Lärm; die Kommunisten beginnen, den Redner nachzuschleifen.) Selbst unter Berücksichtigung des niedrigeren Lebensniveaus seien in Rußland die Erwerbslosenunterstützungen nur halb so hoch wie in Deutschland! Mehr als merkwürdig ist die Forderung, die Unternehmer sollten die Beiträge für die Erwerbslosenversicherung allein tragen. Wissen denn die Kommunisten nicht, daß die Wirtschaft diese Beiträge als einen Teil des Lohnes betrachtet und daß dann die Löhne sinken müßten? Aber das geht ja die Kommunisten nichts an! (Lärm ganz links.) Die berufenen Vertreter der Erwerbslosen sind die Gewerkschaften. Erneuter großer Lärm bei den Kommunisten; ablehnende Jurufe! Was zu erreichen ist, wird von den Organisationen erreicht! (Lärm bei den Sozialdemokraten.) — Der deutschnationale „Arbeiterführer“ Bartels verfiel, an der Entlassung der Parteiposten mißbilligen zu wollen, Stadtr. Schmidt (Z.) trat dafür ein, daß trotz der schlechten Finanzlage Berlins die Kinder der Erwerbslosen Naturalunterstützungen erhalten. Auf der Beteiligung der Arbeiter an der Beitragszahlung beruht ihr Mitbestimmungsrecht an der Verwaltung. Wer das nicht versteht (zu den Kommunisten), der soll nicht darüber reden. Was sollen Erwerbslosentäte? Will man berufsmäßige Erwerbslose wählen? (Lärm bei den Kommunisten.) In der Abstimmung wurden die Ausschlußbeschlüsse bestätigt. Dem Projekt gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz schloß sich die Mehrheit an, ein nationalsozialistischer Zusatzantrag wurde abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Antrag, den Erwerbslosen die Hauszinssteuer zu erlassen, kam es wieder zu starkem Lärm.

Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil die Erwerbslosen auf Antrag schon jetzt von der Hauszinssteuer befreit werden!

Der Antrag wurde angenommen.

Zuvor erklärte Genosse Siegle gegenüber Äußerungen von Kommunisten noch, daß in Rußland außer der für beschränkte Zeit gewährten Erwerbslosenunterstützung keine weitere Hilfe gewährt wird. In Deutschland gibt es das nicht. (Lärm ganz links.) Hier tritt die Wohlhabendunterstützung in Kraft, so daß also in Deutschland kein Erwerbsloser hilflos seinem

Schicksal überlassen wird. Zwei kommunistische Anträge, die die

Arbeiterentlassungen bei der BVO.

zum Gegenstand haben, lösten eine lebhafte Debatte aus. Ein Mitglied der kommunistischen Fraktion erhob schwere Vorwürfe gegen die Direktion der BVO. Vom Magistrat äußerte sich Stadtrat Genosse Reuter zur Sache. Die Entlassungen seien nicht im laufenden Betriebe, sondern bei den Bahnbauten erfolgt. Bei den umfangreichen Bauten der letzten Zeit sind nicht nur Privatunternehmer, sondern auch die eigenen Werkstätten der BVO beteiligt gewesen. Das betrifft Eisenarbeiten und Betriebsmittelneubauten wie Autobusse, Straßenbahn- und Hochbahnwagen. Wenn so umfangreiche Bauvorhaben vorliegen, wie das jetzt der Fall gewesen ist, so stellen die betreffenden Abteilungen der BVO sehr stark an.

Sind die Bauten beendet, geht die Arbeit und damit die Beschäftigung naturgemäß zurück.

Wenn der kommunistische Fraktionsredner Behrendt verlangt hat, daß keine Neueinstellungen hätten vorgenommen werden sollen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß die Arbeitsverhältnisse diese Neueinstellungen nötig machen. Umöglich ist der Vergleich zwischen der Streckenlänge und der Zahl der Beschäftigten. In Vergleich zu sehen ist nur die Wagenflottenverteilung, und hier verjagt des kommunistischen Redners Beweisführung vollkommen. Wenn jetzt also Entlassungen nötig sind, dann eben wegen der Fertigstellung der Bauten. Zu diesen Bauten sind nicht nur die neuen Strecken zu rechnen, sondern man muß auch berücksichtigen, daß umfangreiche Arbeiten, z. B. bei der Vergrößerung alter Bahnhöfe, beendet sind. Grundsätzlich gehen allerdings die Erweiterungsbauten bei allen Bahnhöfen planmäßig weiter. Der Abbau des Fuhrparks bei der Nord-Südbahn erahst sich aus der Einstellung der Tiefbauarbeiten. Gegenüber den Behauptungen des kommunistischen Redners bemerkte Stadtrat Reuter, daß

das Signalsystem der Berliner Hoch- und U-Bahn als das beste der Welt

bekannt sei. Allerdings müßten bei neuverpflanzten Straßen die Signale im Anfang stets neu eingestellt und kontrolliert werden. Grundsätzlich ist zu sagen, daß freizuerwerbende Stellen bei der BVO den entlassenen Arbeitern zuerst wieder angeboten werden.

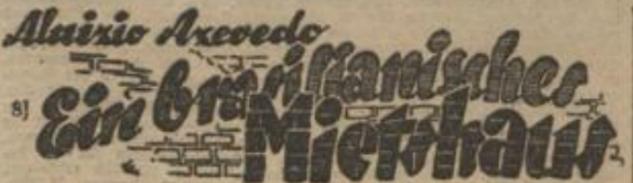
Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Stadtverordneter Schäfer. Genosse Schäfer rechnete mit dem kommunistischen Redner ab, der in Aussicht gestellt hatte, die Beschäftigten der BVO werde die „Schächten der Direktion“, die im vorigen Jahre als Betriebsräte gewählt wurden, in diesem Jahre nicht wieder wählen.

Diese „Schächten der Direktion“ waren keine anderen als die Oberkommunisten Deter und Krüger.

(Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er, Schäfer, nehme auch an, daß sich das Personal der BVO, bei den Millionen, die die kommunistische Partei mit ihm vor hat, genau so „einschüdem“ lassen wird, wie das im vorigen Jahre bei der Reise der BVO war. (Schloß: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie, so sagte er, zu den Sozialdemokraten gewandt, jemals erriet, daß solange Herr Bante die Personalpolitik in der Verkehrs-Gesellschaft führte, die Kommunisten diesen Herrn anzugreifen haben? Nein! Aber mit dem gleichen Tage, an dem der Sozialdemokrat Probst Direktor wurde, ging der Hillentanz los. (Schloß: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damit wissen die Kommunisten die wahren Hintergründe ihrer Politik. Mit erheblicher Stimme fuhr Gen. Schäfer fort: Wir Sozialdemokraten denken den Verkehrsdirektor Probst und seine Personalpolitik vollkommen.

Die städtischen Betriebe müssen Musterbetriebe in der Wirtschaftlichkeit und in der sozialen Fürsorge sein.

(Sie müssen also auch in dieser Richtung geführt werden! (Schloß: Bravo bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich ist allerdings



In solchen Momenten konnte Botelhos Zorn keine Grenzen, und seine Donnerkeile flogen nach rechts und links, Geifer und Groll seines Herzens schäumten über und seine eingefallenen Augen schossen giftige Pfeile. Räuber und Diebe sind das, brüllte er dunkelrot; wieso wagen sie, sich in rechtmäßig erworbenes Eigentum zu drängen!

Er verspottete Tugend, Schönheit, Talent, Jugend, Kraft, und vor allem das Glück; das konnte er bei niemand dulden. Seine Flüche hagelten auf jeden, der Erfolg hatte, der Früchte genöß, die er niemals hatte ernten dürfen, der festhielt, was er verloren hatte. Als ihm das Recht entzogen wurde, Menschen zu beschimpfen, richtete er seine Beschüße auf Brasilien, das undankbare Land, das allen Portugiesen zu Reichtum verhalf, aber Beute wie ihn elend verkommen ließ.

Seine Tage waren nach einem festen Schema eingeteilt, von dem er niemals abwich. Um acht Uhr stand er auf, wusch sich in seinem Zimmer mit einem essiggetränkten Handtuch und verbrachte den Morgen, während er aufs Frühstück wartete, mit Zeitunglesen. Nach dem Mittagbrot nahm er die Tram-bahn zur Stadt und pflanzte sich in einem Tabakladen der Rua Ouvidor auf, wo er den ganzen Nachmittag damit zubrachte, alle Vorübergehenden lächerlich zu machen und schlecht von ihnen zu sprechen. Er behauptete, Rio de Janeiro in- und auswendig zu kennen. Gelegentlich betraute ihn Dona Estrella mit einigen Einkäufen, die er jedesmal zur vollsten Zufriedenheit ausführte.

Aber seine große Leidenschaft — oder vielleicht seine große Schwäche — waren Uniformen. Alles, was zum Militär gehörte, regte ihn rasend auf, obgleich er es niemals fertigebracht hatte, eine außergewöhnliche Furcht vor Schußwaffen zu überwinden. Ein in der Nähe abgefeuertes Gewehr verriet ihm in die unglaubliche Angst, aber er schwärmte trotzdem für alles, was nach Krieg roch. Die Nähe eines Offiziers in prächtiger Uniform entlockte ihm geradezu Tränen der Rührung. Er wußte mit dem Kasernenleben, mit den Militärreglementen und all den verschiedenen Pflichten des

Soldaten ausführlich Bescheid. Ein Blick genügte, um ihn Rang, Truppengattung und Bemessung jedes vorbeiziehenden Kriegers erkennen zu lassen. Eine Militärkapelle, ja selbst eine Trompete und Trommeln verfolgten ihn in fieberhafte Erregung; selten nur konnte er widerstehen, der Schar von Strahlenjungen zu folgen, die die Rhythmi bildeten, und stapfte manchmal mit, um die Nähe seiner glorreichen Heiden länger zu genießen.

Nach solchen Ausschweifungen kam er, gewöhnlich bei Einbruch der Dunkelheit, so ermattet nach Hause, daß er sich kaum noch auf den Füßen halten konnte, und seine alten Beine taten ihm von der ruhmlosen Heimkehr ohne die Anregung kriegerischer Taten weh. Dann kam die Reaktion, und er schleuderte dem kommandierenden Offizier, der den Marsch absichtlich so ausgebeutet hatte, um ihn zu ermüden, förtige Flüche nach. Er rief alle zu Zeugen an, um die ausgelagerte Grausamkeit mitanzusehen, die darin bestand, einen schwachen, kranken Greis mitenweit in stehender Sonne drei Stunden über harte Steine zu schleppen.

Eine von Botelhos lustigsten Scherellen war sein Haß auf Valentim. Der bloße Anblick des Mulatten versetzte ihn in Wut, und der junge Diener, der Estellas Schutz hinter sich fühlte, tat alles mögliche, um seinen alten Feind zu reizen. Das hilflose Opfer der Bosheit des Mulatten hätte seinen Reiziger am liebsten erwürgt, aber er war sich klar, daß er die Herrin des Hauses nicht fränken durfte.

Botelho konnte Estella und die Beschichte, wie sie in Ungnade gefallen war, wie seine Fingerspitzen. Miranda selbst hatte seinem Freund alles haarklein erzählt und ihm offen erklärt, warum er sie damals nicht hinausgeworfen hatte. Botelho gab ihm recht und meinte, der Weg, den er eingeschlagen hatte, sei unter den obwaltenden Umständen der einzig mögliche, denn der Alie war überausgütig, daß das Geschäftliche alle anderen Erwägungen in den Schatten stellt. Eine Frau, die sich so benimmt, ist nichts wert, stellte er fest, aber Kapital ist Geld, und niemand kann behaupten, daß Geld wertlos sei. Daher mußte das Geld behalten, die Frau aber übersehen werden.

Der alte Schmarotzer bekräftigte seine Zustimmung und seine Bewunderung für Mirandas Verhalten durch eine inbrünstige Umarmung, und beschwor seinen Freund, festzubleiben und in dieser höchst kleintamen Pose des belohnten Ehemannes zu verharrten. Aber wenn er sich mit Dona Estella unterhielt, hörte er mit tiefer Anteilnahme zu, wie sie sich

blüht über Miranda beklagte, denn Haß und Zwietschacht waren Balsam für seine verdorrte alte Seele.

„Damit Sie's nur wissen“, versicherte sie ihm, „mir ist es vollkommen klar, daß mein sauerdöpfiger Mann mich haßt, aber es interessiert mich genau so sehr wie die Frage, welche Biule ich anziehen soll. Unglücklicherweise ist die Gesellschaft so eingerichtet, daß verheiratete Frauen bei ihren Männern leben müssen, also muß ich mich fügen, ob ich will oder nicht.“

Botelhos reiche Erfahrung verbot es ihm, des einen Bemerkungen vor dem anderen zu wiederholen, und deshalb war er instand, sich mit beiden ausgezeichnet zu vertragen und die Flamme häuslicher Zwietschacht hoch zu schüren, was, wie schon gesagt werden muß, in sein sonst so freudloses Dasein etwas Sonnenschein brachte.

Als er eines Nachmittags früher als gewöhnlich nach Hause kam, weil er sich nicht wohl fühlte, hörte der Alie zu seiner Ueberraschung gedämpfte Stimmen aus dem teilweise unmaurerten Kellerloch; die Leute kamen aus einem abgetrennten Winkel, der von Blumenranken verdeckt war. Statt die Treppe hinaufzusteigen, lief er auf Fehenschritten vorsichtig zu einem Guckloch, von wo aus er Dona Estella und Henriette beobachten konnte, die sich dort verborgen hatten. Ohne sich zu rühren, kaum atmend, sah ihnen der alte Schurke zu und verriet seine Anwesenheit erst, als die beiden sich trennten. Estella gab einen kleinen Schrei von sich, und der Jüngling wurde erst purpurrot und dann mahlweiß, aber Botelho versuchte sie zu beruhigen und sprach ihnen freundlich und vertraulich zu.

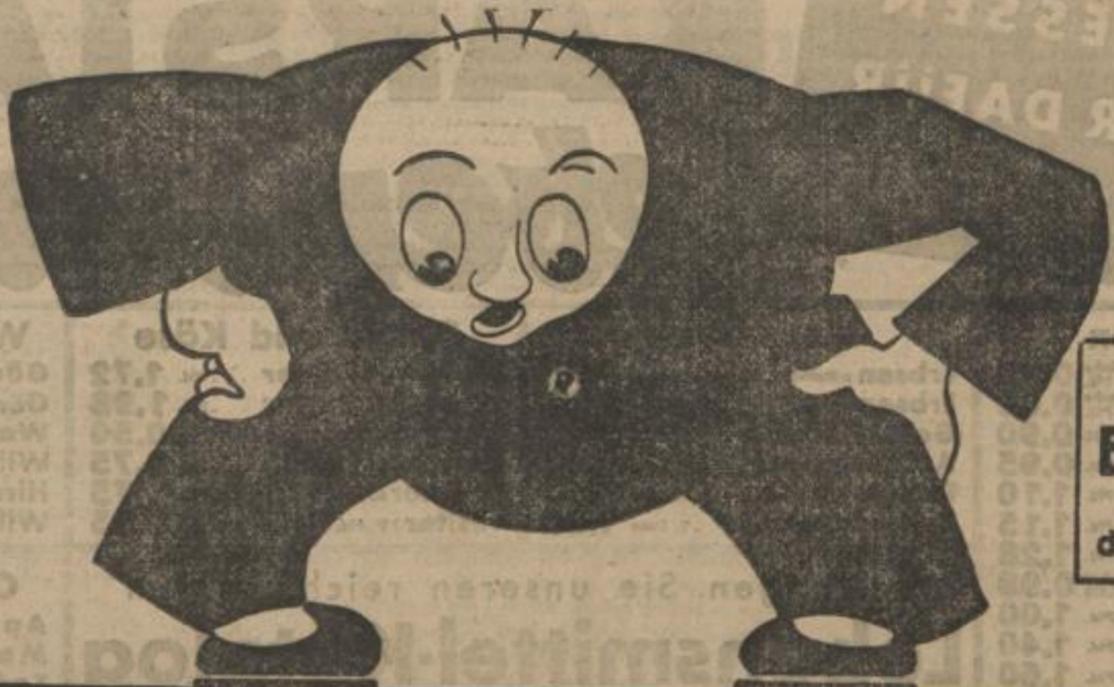
„Ihr junges Volk seid mächtig unvorsichtig. Zum Glück bin nur ich zufällig vorbeigekommen, aber es hätte auch jemand anders sein können.“

„Wir haben doch gar nichts getan“, erwiderte Estella und gemann ihre Fassung wieder.

„Ah“, entgegnete der Alie und heuchelte tiefe Verzweiflung, „dann bitte ich um Verzeihung. Ich bin in solchen Sachen nicht engdächtig. Ich finde sie höchst natürlich und vernünftig — wir bekommen im Leben nur das, was wir uns nehmen. Was ich auch sah, für mich ist es, als hätte ich es nicht gesehen, weil ich mich in anderer Leute Angelegenheiten nicht hineinmische. Wir sind nun einmal so, wie Gott uns geschaffen hat, und können nichts daran ändern. Ich würde euch nur raten, vorsichtiger zu sein, nur —“

(Fortsetzung folgt.)

**Inventur-
Ausverkauf
2.-15. Januar**



**Rest- und
Einzelpaare
zum Bruchteil
des wahren Wertes!**

da staunst Du doch



4⁸⁵ Kochevreaux Spangenschuhe m. hell. Lederfutter, solide Verarb.
5⁸⁵ Spangenschuhe hellfarb. Leder kombiniert mit Louis und Trotteur.
5⁸⁵ Polzschuhe mit warmem Futter, elegante Form
5⁸⁵ Lacktrotteur-schuhe m. Zierstepperei mit L. derfutt, gut Poliert
3⁸⁵ Ueberschuhe dar bes. e. Schutz vor Erkältung



6⁸⁵ Echt Chevreaux Spangenschuhe, hellbeige mit echt Louis-XV.-Abs., unsortiert
7⁸⁵ Echt Chevreaux Trotteurschuhe, hellbeige m. dhl. weißgedopp. Band
8⁸⁵ Lackspangenschuhe in versch. reizvollen Ausführungen m. echt Louis-XV.-Abs.
8⁸⁵ Echt Chevreaux Spangenschuhe, ein- und zweifarbig, Leder bezog. Absatz
9⁸⁵ Nubuk Spangen-schuhe m. echt Kalbleder garn., versch. Farb. m. Louis u. Trotteur



9⁸⁵ echt Beige Chevreaux m. braun. Kalbleder garniert, echt Louis-XV.-Absatz. Sehr elegant!
10⁸⁵ Orig.-Goodyearwelt Trotteurschuhe, echt Braunkalfschwarz, unsortiert.
12⁵⁰ Goldbraun, echt Boxkalf - Luxuspumpe mit heller Verzierung
13⁸⁵ Orig.-Goodyearwelt echt Chevreaux-Trotteurschuhe, Leder ab 220.00
13⁸⁵ Lack - Luxuschuhe schwarz, mit Opaleinsatz, sehr elegant, echt Louis-XV.-Absatz



6⁸⁵ Herren-Halbschuhe schw. R. adoz m. we. f. gedopp. Rand, a. T. Original Goodyearwelt
7⁸⁵ Herren-Stiefel schw. R. a. 102, milde gest. 11, 11.1/2 u. 12 gedopp.
10⁸⁵ Braun Boxkalf Herrenhalbschuhe ganz mod. Sportform, m. br. gest. Rand
10⁸⁵ Sport-Stiefel schwarz 2 Fingbox mit Staubkappe, wasser-dicht, Futter, Doppelsohle

135

145

Kamelhaarschuhe
Wolle mit Baumwolle, weicher Stoff mit Filz und Ledersohle



0⁹⁵ Tuschlöcher m. Pop-poe und Ledersohle
0⁹⁵ Kinderspangenschuhe schwarz Leder für 18-20, 1.85, 20-22 2.45, . . . 16
0⁹⁵ Kinderstiefel m. Kupper für 20-22 2.95, dunkelrot 23-24 3.80, . . . 16-20
275 Kinderspangenschuhe, 16-20 1.95, 21-22 2.45, 23-24 3.20, 25-30 4.85, 31-32 5.95, . . . Gr. 18
0⁹⁵

Bottina

SCHUH G. m. B.

Oranienstraße 29 (Ecke Adalbertstraße)
Kleiststraße 22 (am Wittenbergplatz)
Turmstraße 78 (Moabit)

Brunnenstraße 13
Charlottenburg, Berliner Str. 133
Neukölln, Berliner Straße 43

Potsdam
Nauen Str. 16 u. 17

**BESSER ESSEN-
WENIGER DAFÜR
AUSGEBEN DURCH**

KARSTADT Lebensmittel

Wurstwaren

| | |
|--------------------|------|
| Blut-u. Leberwurst | 0.75 |
| Blut-u. Leberwurst | 0.65 |
| Dampfwurst | 0.90 |
| Thür. Speckwurst | 0.95 |
| Jagdwurst | 1.10 |
| Wiener Würstchen | 1.15 |
| Streichmattwurst | 1.28 |
| Leberwurst | 0.98 |
| Berliner Mattwurst | 1.00 |
| Bierwurst | 1.40 |
| Große Teewurst | 1.60 |

Konserven

| | |
|--------------|------|
| Erbsen | 0.78 |
| Erbsen | 0.98 |
| Gem. Gemüse | 0.95 |
| Apfelmus | 0.50 |
| Pflaumen | 0.50 |
| Reineclauden | 1.00 |

Butter und Käse

| | |
|-----------------|------|
| Molkerei-Butter | 1.72 |
| Dänische Butter | 1.98 |
| Margarine | 0.50 |
| Bratenschmalz | 0.75 |
| Edamer | 1.10 |
| Tilsiter | 0.88 |

Wild und Geflügel

| | |
|----------------------|------|
| Gänse | 0.90 |
| Gänse-Stückenfleisch | 0.80 |
| Wildhasen | 1.20 |
| Wildgans | 0.38 |
| Hirschblatt | 0.95 |
| Wildkanin | 1.95 |

Marinaden

| | |
|-----------------|------|
| Bismarckheringe | 0.90 |
| Bratheringe | 0.90 |
| Hering in Gelee | 0.90 |
| Bücklinge | 0.42 |
| Kieler Sprotten | 0.65 |

Verlangen Sie unseren reichhaltigen Lebensmittel-Katalog

Lebensmittel-Bestellkasse: Baerwald 0012
Unsere Stadtküche

liefert fertige kalte und warme Gedecke, Salate, Speisen, Eis und Gebäck in bester Ausführung und Güte. Servierpersonal steht zur Verfügung. Fordern Sie unseren reichhaltigen Stadtküchen-Katalog.

Obst und Gemüse

| | |
|---------------------|------|
| Apfelsinen | 0.38 |
| Mandarinen | 0.70 |
| Tafel-Aepfel | 0.35 |
| Kranz-Feigen | 0.35 |
| Rosenkohl | 0.20 |
| Rot- u. Wirsingkohl | 0.09 |
| Weißkohl | 0.04 |

Fische

| | |
|-----------------------|------|
| Karpfen lebend | 1.10 |
| Pfützen lebend | 0.65 |
| Schollfisch ohne Kopf | 0.28 |
| Rotbars | 0.30 |
| Kabeljau ohne Kopf | 0.28 |

Versand nach allen
Stadtteilen mit Ausnahme
leicht verderblicher Ware.

Musik aus der Luft
Theremin-Aetherwellenmusik
im Erfrischungsraum, 2. Stock
in der Dachhalle dirigieren Marek Weber u. Franz Kay

Konfitüren

| | |
|--|------|
| Malzbonbon | 0.45 |
| Kakosmakronen | 1.00 |
| Schokoladenbruch | 1.00 |
| Herrenkringel | 1.00 |
| Burgm. Vollmilch-Schokolade 100-gr-Tafel | 0.25 |
| Haushalt-Kakao | 0.58 |

Inventur-Ausverkauf

In allen erlaubten Abteilungen: **2. - 15. Januar**

Unsere Preise erregen Aufsehen

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Wohlschmeckend, abgetrocknet, leben in
beim turgidischen, schmecker Fruchtzeit
mein langjähriger Mann, unter
lieber, guter Vater und Schwager
Herr Adolph Viertel

im 88. Lebensjahre samt erkrankten
Es war ihm nicht mehr vergönnt,
nach Berlin und Köpenick, das mit seiner
Familie, beiderseits seinen Kindern
gut, die wohlverdienten Ruhejahre zu
finden. Im tiefen Trauer

Marieanne Viertel, geb. Bontjes, Berlin
Karl Viertel, Berlin
Käthe Viertel, Berlin
Anneliese Viertel, geb. Bontjes, Berlin
Bertha Viertel, geb. Bontjes, Berlin
Berlin - Köpenick, den 7. Januar 1930
Friede der Erde

Die Einsegnung findet am Sonntag
den 11. Januar, nachm. 1 1/2 Uhr, im
Evangelischen Friedhof am Wannensee statt.

KLEINE ANZEIGEN

Jesus Wort 12 Pl.
Friedrichstraße 10, Berlin

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Verkäufe

Einzelraum, Saal, Kantine, etc.

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Danksagung

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Möbel

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Musikinstrumente

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Wohnungen

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Zimmer

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die

Offene Küche

Wohnung, welche für die
Wohnung, welche für die



Sonntag 11³⁰

TELEFUNKEN-MATINEE IM GR. SCHAUSPIELHAUS

Matinee am 12. Januar 1930

MAX HANSEN

Weintraub Syncopator
in ihrer neuen Bühnenschau

KARTEN 0,50 bis 1,50 RM

8 Millionen Mark Monatsumsatz!

Der Konsum im Dezember. — Das Jahr 1929 brachte 16 Millionen.

Trotz aller Hemmungen auf wirtschaftlichem Gebiete, die sich besonders in der überhandnehmenden Erwerbslosigkeit äußern, schreitet die Konsumgenossenschaft Berlin von Erfolg zu Erfolg. Kaum ein Jahr ist vergangen, seitdem der Deffizitstand mitgeteilt werden konnte: 7 Millionen Mark Monatsumsatz sind erreicht — heute läßt sich berichten:

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend überschreitet im Monat Dezember 1929 zum ersten Male einen Umsatz von 8 Millionen Mark.

Wenn die einzelnen Millionenumsätze erstmalig verzeichnet werden konnten, zeigt folgende Aufstellung:

| | |
|--------------------------|---------------|
| Die 1. Million | Dezember 1911 |
| 2. | Oktober 1915 |
| 3. | Oktober 1925 |
| 4. | Dezember 1926 |
| 5. | 1927 |
| 6. | 1928 |
| 7. | 1929 |
| 8. | 1929 |

Im Vergleich zum Dezember 1926 mit 4 Millionen Mark Umsatz ist bereits nach 3 Jahren eine Verdoppelung auf 8 Millionen eingetreten. Gegenüber dem Dezember 1928, der einen Umsatz von 7 048 966,26 Mark erbrachte, zeigt der Dezember 1929 eine Steigerung um 1 216 984,78 oder 17,2 Proz. auf 8 265 951,04 Mark.

Für das Kalenderjahr 1929 beträgt der Umsatz 76 Millionen Mark; das Kalenderjahr 1928 hat gegen 1928 eine Steigerung um 16 Millionen Mark gebracht.

Wie der Umsatz, so ist auch die Zahl der Mitglieder in starkem, ununterbrochenem Wachsen begriffen. 3622 Haushaltungen schlossen sich im Dezember 1929 der Berliner Verbraucherorganisation an; hinzu kamen weiter 3323 Mitglieder des am 1. Oktober 1929 übernommenen Konsumvereins für Belten und Umgegend, so daß der gesamte Mitgliederzuzug im Dezember sich auf 6945 beläuft.

Das Kalenderjahr 1929 schließt mit einem Mitgliederbestand von 192 876; in der ersten Hälfte des 31. Geschäftsjahres (Juli-Dezember 1929) wurden 21 691 neue Mitglieder gewonnen.

Ein Vergleich der größeren Konsumvereine Deutschlands zeigt, daß die Konsumgenossenschaft Berlin im Monat November 1929 zum ersten Male an der Spitze der deutschen Konsumvereine stand. Selbster hätte der Konsumverein „Produktion“ in Hamburg einen Vorsprung. Beide Genossenschaften wurden im Jahre 1899, vor 30 Jahren, gegründet. Während jedoch in Hamburg der Genossenschaftsgedanke sofort auf günstigen Boden fiel, hatte die Genossenschaftsbewegung in Berlin mit vielerlei Widerständen zu kämpfen, und es dauerte fast ein Jahrzehnt, ehe sie es zu einiger Bedeutung brachte. Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Berliner Genossenschaft machtpoll gefördert; der Rückstand wurde aufgeholt, und nun nimmt die Konsumgenossenschaft Berlin innerhalb der 1000 dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften eine Spitzenstellung ein.

Stahltruff zum Jahresende.

Kohlenförderung und Stahlproduktion bleiben stark.

Der Rheinisch-Westfälische Stahltruff, die Vereinigten Stahlwerke A.-G. Düsseldorf, hat Geschäftsbericht und die Abzählziffern für das am 30. September beendete Betriebsjahr 1928/29 noch nicht veröffentlicht. Dagegen liegt jetzt bereits der Quartalsbericht mit den Umsatz- und Produktionsziffern für Oktober bis Dezember 1929, also schon für das erste Quartal des neuen Geschäftsjahres 1929/30 vor.

Die Produktion in den wichtigsten Erzeugnissen stellt sich im Vergleich zu dem vorhergehenden Vierteljahr:

| | Oktober-Dezember 1929 | Juli-September 1929 |
|---------------------|-----------------------|---------------------|
| Rohle | 7,85 Mill. Tonnen | 7,41 Mill. Tonnen |
| Rots | 2,65 | 2,70 |
| Rohbleien | 1,65 | 1,68 |
| Rohstahl | 1,70 | 1,69 |

Die Produktion hat sich also fast durchweg annähernd auf dem Stand des vorhergehenden Vierteljahrs gehalten und ist in den Rohstahlbetrieben sogar noch gestiegen. Dagegen ist der Umsatz um mehr als 11 Proz. von 402,2 auf 354,2 Millionen Mark zurückgegangen. Hieron entfällt auf den Inlandsabsatz eine Umsatzsteigerung von 15 Proz. auf 217,2 Millionen Mark, auf den Auslandsabsatz aber nur ein Rückgang von 7 Proz. auf 137 Millionen Mark. Wie schon die stabilen Produktionsziffern zeigen, ist auch in den letzten Monaten des vergangenen Jahres weder im Kohlenbergbau noch in der Stahlindustrie eine Wendung zum Schlechten eingetreten. Der Umsatzrückgang ist zum Teil auf Saisonrückgänge zurückzuführen, sicher aber auch durch die abwartende Haltung der Käufer während der Kartellverhandlungen im letzten Vierteljahr maßgebend beeinflusst. Vergleiche mit dem entsprechenden Quartal von 1928 lassen sich wegen der in diese Zeit fallenden Stilllegung der Ruhrbetriebe nicht anstellen.

Die Gesamtbelegschaft in den Betrieben stellte sich zum Jahresende auf 175 832 Mann gegen 176 716 Ende September 1929

und 167 343 Mann Ende 1928. Auf den Kohlenbergbau entfallen hiervon 86 086 gegenüber 87 083 bzw. 82 275 Mann. Die Zahl der Angestellten ist mit 13 404 Mann ziemlich stabil geblieben. Ein Vergleich mit dem letzten Vierteljahr 1927 läßt erkennen, in welchem Maße die Leistungsfähigkeit der Kohlenarbeiter gestiegen ist. So wurden Oktober-Dezember 1927 bei einer Belegschaft von 87 720 Mann 6,68 Millionen Tonnen gefördert, Oktober-Dezember 1929 dagegen von einer auf 86 086 Mann gesunkenen Belegschaft die Förderung auf 7,35 Millionen Tonnen gesteigert. Die Leistungsfähigkeit je Kopf der Belegschaft ist also um durchschnittlich 22 Proz. gewachsen. Da die Belegschaftsziffern für die Hochöfen, Stahlwerks- und Verarbeitungsbetriebe nicht getrennt aufgeführt sind, lassen sich gleiche Berechnungen für die Eisenarbeiter leider nicht anstellen.

Milliardenprogramm des amerikanischen Stahltruffs

Nach amerikanischen Meldungen hat der amerikanische Stahltruff, die Bethlehem Steel Corporation, ein Riesenausbauprogramm aufgestellt. Im Laufe der nächsten drei Jahre sollen für Neuanlagen und Werksausbauten nicht weniger als 300 Millionen Dollar, das sind 1,26 Milliarden Mark, in die Betriebe gesteckt werden. Diese phantastischen Summen werden mit angesammelten Reserven und laufenden Betriebsergebnissen bezahlt.

Der Bethlehem-Steel-Truff, der mit einer Jahresleistung von 24 Millionen Tonnen Rohstahl — die Produktion des Rheinisch-Westfälischen Stahltruffs schwankte 1927—1929 zwischen 6 bis 7 Millionen Tonnen jährlich — etwa 40 Proz. der gesamten Stahlproduktion in USA. auf seine Betriebe vereinigt, holt mit diesem Ausbauprogramm offenbar zu einem lange vorbereiteten Schloß aus, um die unbedingte Vorherrschaft in der Stahlindustrie der Vereinigten Staaten zu erringen.

von 45,3 auf 49,6 Prozent, durch Gold- und Deckungsbedürfnis zusammen von 53,3 auf 58,4 Prozent. Diese um 18 Prozent die gesetzliche Vorschrift überschreitende Notendeckung dürfte am Ende der ersten Januarwoche noch selten zu verzeichnen gewesen sein.

Die außerordentlich günstige Lage der Reichsbank hat natürlich ihre Gründe. In allererster Linie in der schlechten Wirtschaftslage, durch die große, sonst in den Betrieben arbeitende Mittel auf die Banken getragen werden. Neben diesem Hauptgrund ist der Januar ein wichtiger Stenoreinzahlungs- und Dividendenauszahlungstermin. Endlich lockt immer noch der sehr hohe Zinssatz der Reichsbank mit seinen 7 Prozent viel ausländisches Geld nach Deutschland herein.

Die Konsequenz daraus liegt auf der Hand. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Reichsbank die Kredite verbilligt. Sie kann es, nach ihrer Kredit- und Währungsfrage, sie muß es, aus wirtschaftlichen Gründen. Das Volk muß arbeiten.

Deutschland braucht Kapital.

Amerikanischer Bankier über Deutschlands Kapitalmangel.

Aus New York wird uns gemeldet: Der Bankier Ludwig Bendig, der früher der deutschen Botschaft in Washington als Finanzberater attached war, erklärte nach seiner Rückkehr aus Deutschland, daß die deutsche Wirtschaft zusätzliches Betriebskapital dringend benötigt, das falls das Ausland es zur Verfügung stellt, nicht nur eine Wiederbelebung der industriellen Konjunktur in Deutschland herbeiführen, sondern auch eine Steigerung der deutschen Importe ermöglichen würde. Insbesondere würde eine Steigerung der Importe von Rohstoffen, wie beispielsweise von Baumwolle und Kupfer, erfolgen. Eine solche Entwicklung würde ohne Zweifel sowohl den Vereinigten Staaten als auch der ganzen übrigen Welt zum Vorteil gereichen.

Der Bankier und die Arbeitslosen.

Freche Provokation eines Bierprofiteurs.

Die Brauerei-Konzerne gehören in Deutschland bekanntlich zu den Kapitalisten, denen Jahr für Jahr Rekorddividenden in den Schoß fallen. Infolge der Riesenprofite der Brauereien im letzten Jahr sind auch die Aktienkurse im Gegenstoß zu den meisten anderen Industriepapieren von der schweren Börsenkrise des letzten Jahres kaum in Mitleidenschaft gezogen worden. Die meisten Brauereiaktien, die auf 1000 Mark lauten, müssen heute noch mit 3000 bis 3000 Mark bezahlt werden. So wirkt sich der Profit aus!

Es muß daher als eine freche Herausforderung bezeichnet werden, wenn auf der Generalversammlung von Schultheiß-Papenhöfer einer dieser Riesenprofiteure die Stirn hat, zu der Abwälzung der Biersteuer auf die Massen folgendes zu bemerken:

Im übrigen brauche die Verwaltung, solange die Arbeitslosenversicherung besteht und erhöht (!) wird, um den Absatz ihres Bieres nicht besorgt zu sein.

Das ist die typische Sprache eines Schwerverdieners, der sicher in seinem Leben noch nie zu spüren bekommen hat, was es heißt, plötzlich auf die Straße gesetzt zu werden und keine Arbeitskraft, das einzige, was der Welt nützlich ist, nicht mehr vermerten zu können. Der Herr Bankier hat auch sicherlich noch niemals einen Blick in einen Arbeiterhaushalt getan, von einem Arbeitslosenhaushalt ganz zu schweigen.

Wir wissen nicht, welcher politischen Richtung der Herr Bankier Mager angehört, und es spielt in diesem Falle auch keine Rolle. Sein beißender Hohn gegen eine soziale Errungenschaft, die wenigstens das größte Massenelend lindert, spricht deutlich genug dafür, daß er zu der Richtung bürgerlicher Klassenkämpfer gehört, die von den sozialen Notwendigkeiten auch nicht den geringsten Hauch verspürt haben.

30 Prozent für Beamtengläubiger.

Von der Dresdner Bank für Reichsbundbank und Bank für deutsche Beamte garantiert.

Die Dresdner Bank teilt mit, und zwar für die von ihr neu gegründete Spar- und Kreditanstalt für deutsche Beamte und Angestellte L.-G., daß diese eine Garantiebürgschaft zur Durchführung des Zwangsvergleiches bei der Reichsbundbank und der Bank für deutsche Beamte übernommen habe. Die Spar- und Kreditanstalt eröffnet dabei auch gleichzeitig ihre Tätigkeit. Nach dieser Garantiebürgschaft sollen die Beamtengläubiger der beiden zusammengebrochenen Banken eine Mindestquote von 30 Proz. ihrer Forderungen erhalten. Danach haben die unbesicherten Gläubiger der beiden Banken also 70 Proz. ihrer Einlagen verloren. Selbstverständlich zahlt die Dresdner Bank diese Quote nicht aus eigener Tasche, sondern die Quote entspricht den Aktien, die man bei den beiden verfallenen Banken kaufen konnte.

Die Leiter der beiden ehemaligen Beamtenbanken stehenden Verbände sollen zugestimmt haben, für die Spar- und Kreditanstalt der Dresdner Bank zu werden. Aus den „Börse“ der besagten Garantiebürgschaft ergibt sich natürlich keine Verpflichtung, man Kunde der Spar- und Kreditanstalt zu werden.

Neuer Angriff gegen Siemens.

Eine AEG-Gründung in Irland.

In Dublin, der Hauptstadt Irlands, ist eine neue Elektro-Gesellschaft unter dem Namen „Irish AEG Electric“ gegründet worden. „Führung von Ingenieurgesellschaften“ wird im Handelsregister als der scheinbar harmlose Zweck der Gesellschaft bezichnet. Das Kapital ist mit 100 Pfund Sterling oder 2000 M. auch lächerlich gering, es ist aber offenbar nur das zur Begründung der Firma erforderliche Mindestkapital.

Um so bedeutungsvoller ist die Gründung selbst. Der Siemens-Konzern konnte bisher sehr viel Staat mit dem von ihm gebauten, in der Tat gewaltigen Shannon-Kraftwerk machen, das der irische Staat errichtet hat. Irland konnte so vom Standpunkt der deutschen Elektroindustrie als Domäne von Siemens angesehen werden. In diese Domäne bricht die AEG. mit ihrer Gründung ein. Dahinter der AEG. heute die amerikanische General-Electric steht, macht das Ereignis noch interessanter.

1929 Rekord der Eisenproduktion.

Nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ stieg die Rohelisenproduktion der deutschen Hochöfen im Dezember auf 1,1 gegen 1,09 Millionen Tonnen im November. Arbeitsmäßig ist dagegen (31 Arbeitstage im Dezember) ein leichter Rückgang von 36 378 auf 35 496 Tonnen eingetreten.

Insgesamt stellten sich die Leistungen der Hochöfenbetriebe im Jahre 1929 auf 13,4 Millionen Tonnen und liegen damit noch um fast 300 000 Tonnen oder 2,3 Prozent über den Ergebnissen der Hochkonjunktur von 1927. Das Jahr 1928 kann wegen der Aussperrung an der Ruhr zum Vergleich nicht herangezogen werden. Es zeigt sich also, daß die Eisenkonjunktur des letzten Jahres eine Stärke besaß, die sogar noch über den großen Aufschwung von 1927 hinausging. Das hindert aber auch die Stahlmagnaten nicht, der Deffizientheit des Märches von einer wachsenden Verelendung der Industrie aufzugindein.

Neue Bankpleiten. In Bayern trafen die Kleinern Privatbanken weiter zusammen. In Bad Tölz hat das 1908 gegründete Bankgeschäft Herrmann L. Reis die Zahlungen eingestellt, nachdem der mit unbekanntem Ziel abgereiste Geschäftsinhaber in hinterlassenen Briefen seinen Buchhalter zur Anweisung des Kontofusses angewiesen hat. In München hat die Bankverein A.-G., 1873 gegründet mit einem Aktienkapital von 250 000 Mark, ihre Zahlungen eingestellt und um Stundung ihrer Schulden gebeten, um die Gläubiger vor Schäden zu bewahren.

Belegschaftsabbau bei Mannesmann unterbleibt. Der Mannesmann-Konzern in Düsseldorf hatte bei der zuständigen Behörde die Entlassung von 1300 Arbeitern beantragt, und zwar sollten in der Abteilung Schmelzwerk 800 Mann und in dem Werk Düsseldorf-Reich 500 Mann abgebaut werden. Die Entlassungsanträge wurden jedoch zurückgezogen, da inzwischen der Auftragsaufgang erheblich besser geworden ist. Damit fällt auch die vorgesehene Stilllegung der Schmelzerei fort.

Reichsbank ohne Arbeit.

Kredite müssen verbilligt werden.

Es ist gekommen, wie es zu erwarten war. Die erste Januarwoche hat der Reichsbank eine außerordentlich starke Entlastung von ihrem Jahresfluß von Banken und Wirtschaft in Anspruch genommenen Krediten gebracht. In der letzten Dezemberwoche waren bei der Reichsbank insgesamt für 310 Millionen Mark Kredite in Anspruch genommen worden. Die erste Januarwoche brachte allein schon Winderbeanspruchungen von 633,9 Millionen Mark. Die Banken haben für 216,8 Millionen Mark Reichsbankwechsel zurückgenommen, so daß die Reichsbankbestände auf 23,9 Millionen sanken. Die Bestände an sonstigen Wechseln gingen um 237,8 auf 2369,9 Millionen und die Lombarddarlehen um 109,4 auf 51,2 Millionen Mark zurück. Obwohl die Reichsbank zum Jahresfluß einen nicht unerheblichen Teil des Reichskredits von 350 Millionen und des Berliner Kredites mit zu tragen hatte, war die Entlastung der Reichsbank in der ersten Januarwoche nicht unerheblich größer als ein Jahr zuvor. Der Geldmarkt ist mit anderen Worten so reich und die Banken haben so viel flüssige Mittel, daß sie die Reichsbank nicht in Anspruch zu nehmen brauchen. Fast könnte man die Reichsbank gegenüberwärtig den Arbeitslosen zuzählen, nur daß sie nicht stempeln zu gehen braucht.

Die zinslosen Gelder auf Girokonten wurden von der Reichsbankfundschaft, die nur zum Bilanztermin des 31. Dezember ein Interesse daran hatte, höhere Guthaben bei der Reichsbank aufzuweisen, um 170,7 auf 584,5 Millionen gekürzt. Im Zusammenhang mit diesen Abzügen verringerte sich der Notenumlauf auch nicht entsprechend den Kreditabzügen, sondern nur um 430,0 auf 4604,7 Millionen Mark.

Die Gold- und Devisenbestände blieben mit zusammen 2687,5 Millionen Mark fast unverändert. Die Deckung der umlaufenden Noten verstärkte sich sehr beträchtlich, und zwar durch Gold allein



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Berlin und New York.

Ein Amerikaner über das Berliner Verkehrsweisen.

Der dem letzten Heft der von der U.S.S. herausgegebenen Zeitschrift "Die Stadt" finden wir einen sehr interessanten Aufsatz, in dem ein Amerikaner die Verkehrsverhältnisse Berlins mit der seiner Heimatstadt New York vergleicht. Der Verfasser, dessen Name ich nicht kenne, hat die Ueberzeugung geäußert, dass die Berliner Verkehrsverhältnisse im Vergleich mit denen New Yorks auf dem Gebiet des Verkehrs in diesem unterlegen ist.

Jeder Ausländer, der Berlin besucht, wird von der großen Zahl der Straßenbahnlinien, der Omnibus-, sowie Hoch- und Untergrundbahnstrecken über rascht sein — und dann eine Autostraße nehmen, weil er sich unter der großen Zahl der Linien nicht zurechtfinden kann. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn der Betreffende nur geringe deutsche Sprachkenntnisse besitzt.

Hat sich aber der Ausländer einmal mit dem Verkehrsweisen Berlins vertraut gemacht, und versteht er es vor allem, sich mit Vorteil der Umsteigemöglichkeiten von einem Verkehrsmittel zum anderen ohne Erhöhung des Fahrpreises zu bedienen, so wird er gewöhnlich ein begeistertes Lobredner des Berliner Verkehrs werden. Gerade die Umsteigemöglichkeit läßt das Berliner Verkehrsweisen denen Londons und vieler amerikanischer Städte als überlegen erscheinen. In New York kann man für 5 Cents (20 Pfennig) zwar auch so weit fahren, wie man will — aber nur auf dem gleichen Verkehrsmittel. Wenn man die „Subway“, die Untergrundbahn, benutzt, kann man nicht mit dem gleichen Fahrpreis zur Straßenbahn umsteigen. Auf der Straßenbahn dagegen gibt es eine Umsteigeberechtigung, falls man einen Umsteigefahrchein löst und den entsprechenden Preis bezahlt. Eine Umsteigeberechtigung ist doppelt so teuer wie eine Fahrt auf anderen Verkehrsmitteln. Die Reisegeschwindigkeit ist New Yorks und anderer amerikanischer Städte ist gering im Vergleich zu Berlin. Das liegt an der großen Zahl von Privatautos, die jede größere Geschäftsvorgang unangenehm machen. Die Hochbahn, die der Amerikaner „Elevated“ oder kurz die „A“ nennt, hält weder einen Vergleich aus mit der Berliner Hochbahn noch mit der Stadt- und Ringbahn. Die Züge sind nicht schneller, auch nicht bequemer eingerichtet, und außerdem macht sich das Anfahren und Halten meistens sehr unangenehm bemerkbar.

Nur die Untergrundbahnen New Yorks sind denen Berlins überlegen, soweit man nämlich den Hauptzweck einer U-Bahn, ein Ziel so schnell als möglich zu erreichen, ins Auge faßt. Nach allen vier Himmelsrichtungen sind die Untergrundbahnstrecken mit vier Gleisen ausgerüstet, so daß durchgehende Züge über die beiden mittleren Stränge geführt werden können. Diese Schnellzüge halten nur an jedem fünften und sechsten Bahnhof. Sie können daher eine erhebliche Geschwindigkeit annehmen. Sie verursachen jedoch einen unangenehmen Lärm und vollführen heftige Schwingungsbewegungen, daß man sich unbedingt gut festhalten muß. Viele Besucher lächeln und bezeichnen es als typisch amerikanisch, daß die Fahrgäste ein derartiges Geschüttel und Geklappern ertragen, um so nur zwei Minuten früher ans Ziel zu kommen.

Der Verfasser zieht dann London als Vergleichsstadt heran und schließt ab: Die Fahrpreise sind in London sehr verschieden. Das mag für eine kurze Teilstrecke ganz angenehm sein; aber wenn man für eine Strecke sechs oder acht Pence (50 bis 65 Pfennig) bezahlen muß, die in Berlin etwa die Hälfte kostet, dann wünscht man auch in London schließlich des Berliner Einheitsfahrpreises zu haben.

Jeder Ausländer, der sich mit dem Berliner Verkehrsweisen vertraut gemacht hat — eine Schwierigkeit, die es für den Berliner natürlich nicht gibt — wird stets volle Anerkennung für die Regelung des Berliner Verkehrs und für die Arbeit der Berliner Verkehrsverwaltung finden. Insbesondere begrüßt er die Amerikaner, daß auf jedem Verkehrsmittel durch Raucherabteile den Wünschen der Raucher Rechnung getragen wird.

Heute außerordentliche Magistratsitzung.

Heute nachmittag findet eine außerordentliche Magistratsitzung statt, die die zweite Sitzung des Haushaltskommissionen vornehmlich wird, der mit einer Gesamterhöhung von rund 70 Millionen Mark absieht. Wir haben im gestrigen Abend bereits berichtet, auf welche Positionen sich die einzelnen Anforderungen verteilen. Der endgültige Beschluß über die Deckungsfrage bereits in der heutigen Sitzung gefaßt werden, ist noch ungewiß. Es wird nicht möglich sein, eine Befreiung des Staats allein durch weitere Einsparungen zu erreichen. Allerdings besteht die Möglichkeit, einen Teil der Summe auf das übernächste Etatsjahr zu übernehmen. Geht das nicht, bleibt als letzte Möglichkeit der Staatsverschuldung lediglich die Schaffung neuer Einnahmequellen.

Neues Leben blüht.

Erst Militärübungsplatz, jetzt Erholungsstätte der Arbeiterkinder / Das Berliner Jugendland Lessen.

Der im Jahre 1912 angelegte Militärübungsplatz Jossen, der nach Beendigung des Krieges zunächst zur Unterbringung heimkehrender Truppen und dann zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten im Osten Deutschlands diente, wurde nach der Umstellung dieser Flüchtlinge in andere preussische Provinzen frei. Da das Gelände als Truppenübungsplatz keine Verwendung mehr finden durfte, entschloß sich die Stadt Berlin im Jahre 1924, die gesamte Einrichtung zur Unterbringung erholungsbedürftiger Berliner Kinder und Jugendlicher vom Staat auf 25 Jahre zu pachten. Dort, wo einst militärische Übungen stattfanden, gehen heute Tausende von Kindern aus Berlin ihrem friedlichen Spiel nach und finden so in sicherer Luft Erholung und Genesung.

Der Pachtvertrag mit dem Staat bezieht sich auf sämtliche Anlagen des früheren Jossener Militärübungsplatzes. Im Rahmen der von den städtischen Körperschaften zur Verfügung gestellten Mittel mußte dieses Gelände allmählich für seine heutige Bestimmung eingerichtet werden. Zunächst wurde das ehemalige Offizierskasino zu einem Erholungsheim für schulpflichtige Kinder heilbrütig umgestaltet. In dem ehemaligen Mannschaftsgebäude wurden Schulandehime errichtet. Darüber wurden auch andere Gebäude zweckentsprechend verändert. Die überkommene Badeanstalt wurde instandgesetzt. Aus der ehemaligen Artilleriekaserne konnte eine Krankenstation geschaffen werden. So wurden von Jahr zu Jahr alle Anlagen erheblich verbessert. Wie aus dem Verwaltungsbericht des Landeswohlfahrts- und Jugendamts hervorgeht, wurde der weitere Ausbau des Jossener Jugendlandes soweit gefördert, daß am 1. April 1928, zu Beginn des Berichtsjahres, folgende Einrichtungen bestanden: 1. Ein Erholungsheim mit 180 Betten; 2. drei Kindererholungsplätze mit je 25 Betten; 3. ein Ferienheim für die berufstätige weibliche Jugend mit 16 Betten; 4. ein Krüppelheim mit 40 Betten; 5. zwölf Landhäuser mit je 50 bis 60 Betten (ab 1. Juni 1928 sieben Landhäuser); 6. eine Haushaltungsschule für Kriegsermächtigten mit 33 Betten.

Die Unterbringung der von den Schulärzten für erholungsbedürftig erklärten schulpflichtigen Kinder im Erholungsheim erfolgte in acht Kurperioden. Aufnahme fanden für je sechs Wochen 737 Knaben und 688 Mädchen. Der Kurerfolg war nach dem Gutachten des Hausarztes als durchaus befriedigend anzusehen. Die körperliche Erholung der Kinder wurde durch eine durchschnittliche Gewichtszunahme von zwei bis vier Pfund besonders gekennzeichnet. Während der Ferien im Juli waren außer den vorgenannten Kindern noch 200 Erholungs- und Hilfskinder in den während dieser Zeit nicht benutzten Landhäusern untergebracht.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbildung und Berufsberatung für erwerbsbeschränkte Mädchen trat in den Vorkriegsjahren der Jugendämter immer dringender hervor, so daß sich das Landesjugendamt entschloß, am 1. Oktober 1928 im Berliner Jugendland ein Hauswirtschaftsheim für diese Mädchen zu schaffen, in dem sie unter Berücksichtigung ihrer psychischen und pädagogischen Anlagen in einfachen wirtschaftlichen Arbeiten ausgebildet werden sollten.

Das im September 1927 eröffnete Krüppelheimchen war am 1. April 1928 mit 33 Kindern und Jugendlichen belegt. Schwierigkeiten hat nach immer die Beschäftigungsmöglichkeit für die älteren Pflöge. Es ist versucht worden, ihnen durch Vermittlung des Ost-Berliner-Bundes Beschäftigung zu geben. Auch die im Wirtschaftsbetrieb des Berliner Jugendlandes vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung für diese Pflöge wurden weitgehend ausgenutzt. In die Errichtung besonderer Werkstätten kann erst gedacht werden, wenn ein weiterer Ausbau in der Betriehsanzahl des Krüppelheimchens durchgeführt ist. Die Pflöge wurden alle vierzehn Tage von einem Arzt des Ost-Helene-Heims untersucht, um festzustellen, ob eine Maßnahme zur Beseitigung einer Verschlimmerung des Krüppelheimes erforderlich waren, oder ob nicht in dem einen oder anderen Falle doch noch zu einer Berufsausbildung geschritten werden konnte.

Die Landerschulheimbewegung heizt in den Berliner Schulen immer mehr Freunde gewonnen, so daß auch in Jossen eine stärkere Nachfrage für einen Kulentheil vorhanden war. Im Monat April waren die Heime nicht belegt. In der übrigen Berichtszeit waren insgesamt 51 verschiedene Berliner Schulen in Jossen anwesend, darunter 43 Volksschulen. Die Mehrzahl der hier anwesenden Schulkinder befand sich im Alter von acht bis neun Jahren. Die höchste Ziffer wies die Schulverwaltung Kaufhain auf, die durchschnittlich monatlich 400 Kinder nach Jossen entsandte.

Insgesamt waren im Durchschnitt 1935 Jugendliche für vier Wochen im Berliner Jugendland untergebracht.

Zur Ausnutzung der in dem Monat Juli nicht belegten Landerschulheime hatten sich noch etwa 160 Kinder von Privatorganisationen in Jossen auf. Außerdem hatten zwei Berliner Schulen Kinder, die nicht anreisen konnten, gesammelt, um sie unter Leitung von Lehrern in Jossen unterzubringen. Die Zahl der Krankheitsfälle war in der Berichtszeit im Verhältnis zur untergebrachten Kinderzahl sehr mäßig. Es sagt sich aus, wie regenreich die Einrichtungen in Jossen gewirkt haben. Die Stadt Berlin hat sich durch die Umgestaltung des früheren Truppenübungsplatzes zu einem modernen Jugendland ein weiteres Verdienst um die Erholung unserer Arbeiterkinder erworben.

Wünsche aus Johannisthal.

Schlimme Zustände am Bahnhof Berlin-Schöneweide.

Die Reichsbahngesellschaft veranlaßt, wie kürzlich gemeldet wurde, einen Wettbewerb zur Verschönerung der Bahnanlagen. Gedacht ist dabei vornehmlich — aber hoffentlich nicht ausschließlich! — an das Bahngelände draußen in Feld und Wald. Durch die Bepflanzung der Bahndämme soll das Landschaftsbild gehoben werden. Das ist ein sehr löbliches Beginnen. Die Reichsbahngesellschaft sollte aber auch an das Bahngelände innerhalb Berlins denken. Seine Verschönerung ist nicht weniger erwünscht. Die Herren der Reichsbahnverwaltung sollten sich etwa den Bahndämmen links und rechts vom Bahnhof Berlin-Schöneweide ansehen. Auf der Johannisthaler Seite ist links am Bahndamm ein neues Wohnviertel entstanden. Die Wohnstraße, die ein Stück am Bahngelände entlang geht, heißt Schloßweg. Auf der Bahnhofsseite sieht diese Straße weiß aus. Der Gehsteig ist ein regelrechter Schutt- und Schuttberg. Dahinter bis an den Bahndamm liegt ein Laubengrundstück. Das Gelände sollte mit Bäumen bepflanzt werden, ähnlich so, wie dies mit dem Bahndamm am Bahnhof Karlsruherstraße geschehen ist. Die Kosten einer solchen Anlage sind so klein, daß sie bei der Reichsbahngesellschaft kaum ins Gewicht fallen.

Dringend notwendig ist ferner die Verbreiterung der Bahnunterführung am Bahnhof Berlin-Schöneweide. Heute ist der Weg auf der einen Seite geradezu lebensgefährlich. Vor längerer Zeit hieß es einmal, diese Angelegenheit werde in Angriff

genommen. Heute sieht und hört man nichts mehr davon. Auch die Bahnausgänge nach Johannisthal und Niederlehndorferweide müssen schnellstens vergrößert und modernisiert werden. Heute machen sie den Eindruck, als ob sie vor einigen Jahrzehnten in aller Eile als Notbehelf hingebaut worden wären. Der Verkehr auf dem Bahnhof Berlin-Schöneweide ist sehr groß und er wird in den nächsten Monaten, nach Fertigstellung einiger weiterer hundert Wohnungen, noch stark zunehmen. Johannisthal und Niederlehndorferweide machen ebenso wie die anderen Vororte Anspruch auf saubere und freundliche Bahnhofsanlagen. Deutlich ist der Bahnhof Berlin-Schöneweide der schlechteste aller Vorortbahnhöfe.

Ein neues Justizgebäude am Lehrter Bahnhof.

Auf dem justizstatistischen Gelände des Zellengefängnisses an der Invalidenstraße in Moabit ist der Neubau eines großen Justizgebäudes geplant. Das neue Haus soll für die Zivilabteilungen der Berliner Landgerichte I, II und III, für das Amtsgericht Bestensee, für das Arbeitsgericht Berlin und das Landesarbeitsgericht erbaut werden.

Von der Akademie des Bauwesens auf dem Gebiete des Hochbaus in Berlin C 2, Am Festungsgraben 1, ist ein Ideenwettbewerb in Form eines Preisauswettens zur Erlangung von Vorentwürfen des neuen Justizgebäudes eingeleitet worden. Die Entwürfe müssen bis zum 7. April 1936 abgegeben werden. Die näheren Erläuterungen und Bestimmungen des Preisauswettens können in der Geschäftsstelle der Akademie eingesehen werden.

Sie rauchen die 15 S Zigarre CASINO FLOOR jetzt für 10 S

RESTPOSTEN

LOESER & WOLFF

ZENTRALE: BERLIN W 35, POTSDAMER STRASSE 24/25

Zeiten der Not erfordern erhöhte Aktivität!

Werbt daher für das Kampforgan der Berliner Sozialdemokratie, den „Vorwärts“!

Vor den Toren der Stadt.

Notrufe der Gemeinde Dsdorf.

Aus den Notrufen der Gemeinde Dsdorf, die vor den Toren Berlins liegt, aber bereits aus landwirtschaftlicher Beziehung des Strafes Teilow abhört, erhalten wir folgende Aufzählung:

Seit 1. Oktober 1927 sind durch das Gesetz über die Auflösung der Gutsbezirke die vier Güter Dsdorf, Heinersdorf, Friederichshof und Birsholz, die bisher einen Gutsbezirk bildeten, Landgemeinde geworden. Von den vier genannten Ortsteilen hat nur Heinersdorf elektrisches Licht, weil sich daselbst eine Heimstätte Berlins befindet. Die drei übrigen Ortsteile haben weder elektrisches Licht noch Gas, alle Bewohner brennen hier die Petroleumlampe, im 20. Jahrhundert, im Zeitalter der Elektrizität, vor den Toren Berlins! — Die Versorgung mit elektrischem Licht würde auch dem landwirtschaftlichen Betrieb zugute kommen; denn das Dreschen des Getreides geschieht hier noch mit Dampfmaschinen, wie man sie in kürzester Zeit nur noch in Rußen finden wird.

So schlecht, wie es mit der Beleuchtung steht, so unglücklich sind auch die hiesigen Wegverhältnisse. Da sich in keinem der vier Ortsteile ein Leines Geschäft befindet, müssen die Bewohner fast täglich nach einem der Nachbarorte, um dort ihre Einkäufe zu besorgen. Die Wege führen meist über Gebiet der Kielesfelder. Im Sommer sind alle „Straßen“ so sandig und zerfahren, daß es Mühe macht, vorwärts zu kommen; nach viel schlimmer ist es aber im Winter. Da geht es nur durch Schlamm und Porost, und nichts wird gegen die völlige Zerstörung getan. Die Stadt Berlin und der Kreis Teilow würden sich die Dankbarkeit der hiesigen Be-

mohner erwerben, wenn sie endlich für Beseitigung dieser unglücklichen und unheilbaren Zustände sorgen würden.

Es ist auch Zeit, daß der deutschnationale Herr Bangner aufhört, Gemeinde- und Amtsvorsteher dieser bedauernswerten Gemeinde zu sein. Das allerbeste und einig richtige wäre für die Gemeinde Dsdorf die Eingemeindung nach Groß-Berlin. Der Schrei „Aus von Berlin“ ist längst verklungen. Wenn die landrätliche Verwaltung Teilow weiter so tatenlos bleibt wie bisher, wird der Schrei nach Eingemeindung in Berlin bald wieder stärker werden.

„Lindenhof“ muß renoviert werden.

Das Inventar des Erziehungsheims „Lindenhof“ bedarf dringend der Erneuerung. Es befindet sich zum Teil in einem Zustande, der eine Weiterbenutzung ausschließt. Es müssen Bettstellen angeschafft werden, da ein Teil der vorhandenen für Schulfinder berechnet und daher viel zu kurz ist, als daß ermüdete Jungen in ihnen schlafen können. Ferner sind die Matten vollkommen abgenutzt und unbrauchbar geworden. Die in dem Heim vorhandenen Stühle sind meist nicht mehr verwendbar, Reparaturen sind zum Teil nicht mehr möglich. Ferner muß eine größere Zahl von Schränken angeschafft werden, um den jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Kleidungsstücke in geeigneter Weise abzugeben und aufbewahren zu können. Schließlich muß die Waschanlage instandgesetzt werden, da ihre Zulaufrohre und Ablaufvorrichtung unbrauchbar sind.

Nach eingehender Prüfung sind zur Beschaffung des notwendigen Inventars und Reparatur der Waschanlage 12.000 Mark erforderlich, die der Magistrat aus gemeinsamen Vorbehaltsmitteln zu entnehmen beabsichtigt. Er bittet deshalb in einer Vorlage, die Stadtratsversammlung möge diese Mittel bewilligen.

Erweiterung der Deputationen.

Die Stadtratsversammlung stimmte gestern einer Dringlichkeitsvorlage des Magistrats zu, die den wünschenswertesten Wünschen nach Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Deputationen Rechnung trägt.

In den gemischten Deputationen und in den zentralen Verwaltungsdputationen, in denen dies bisher noch nicht der Fall ist, soll die Zahl der Magistratsmitglieder auf 5 und die der Stadtratsmitglieder auf 17 festgesetzt werden. Dies gilt auch für den Beirat beim Statistischen Amt. Wegen des Verwaltungsaufschusses des Landesjugendamts erfolgt eine besondere Vorlage. Sowie jedoch bei einzelnen Deputationen eine höhere Zahl von Magistratsmitgliedern oder Stadtratsmitgliedern vorhanden gewesen ist, wird sie auch in Zukunft bestehen bleiben. Durch die mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion erfolgte Annahme der Vorlage ist die Kontrollmöglichkeit der Deputationen auf eine breitere Basis gestellt worden.

Bezirksamt Neukölln muß ausbauen.

Wegen der im Neuköllner Rathaus herrschenden Raumnot war das Bezirksamt Neukölln gezwungen, im Hause Berlin-Neukölln, Flughafenstr. 21, Räume zur Unterbringung einer Steuerkasse zu mieten. Hier waren einige Ausbauten erforderlich, die vom Bezirksamt wegen der Dringlichkeit des Raumbedarfs bereits veranlaßt worden sind und deren Kosten 14.500 Mk. betragen. Der Magistrat ersucht jetzt die Stadtratsversammlung in einer Vorlage, aus den gemeinsamen Vorbehaltsmitteln in beider Körperschaften für den Ausbau der vom Bezirksamt Neukölln gemieteten Räume diesen Betrag zu bewilligen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 10
19½ Uhr
Boris Godunoff

Stadt. Oper
Blumenstr.
Turnus IV
20 Uhr
Tosca

Staats-Oper
Am P.O. Republik.
Vorstr. 7
20 Uhr
Fidelio

Stadt. Schauspiel.
an Scharnwehmarkt
A.-V. 9
20 Uhr
Gospenster

Stadt. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
Hans im Schnakenloch

SCALA
Tägl. 2 Vorstell.
5 und 8½ Uhr
Barbarossa 9255
Preis 1-6 Mk. Wochentag: 3 u. 50 Pf. - 1 Mk.
18 Parader-Girls, Corina, 3 Swiffs etc.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8½
Sonnt. 2, 3 u. 8½
A. ex. 8066
INTERNAT. VARIETE

Renaissance-Theater
Täglich 8½ Uhr
PARISER LEBEN
Operette von Offenbach.
Regie: Gustav Hartung.
Musikalische Leitung: Theo Mackeben.
Vormittag 11, 1901 u. 2043 34.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr
3 Musketeiere
Regie: ERIK CHARELL.
3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Theater d. Westens
Täglich 8½ Uhr
Hotel Stadt Lemberg
Musik von Gilbert
Käthe Dorsch
Leo Schützendorf

Wallner-Theater
Waldenstraße 11.
Alex. 4392.
Täglich 8½ Uhr
Revolte im Erziehungsheim.

Direktion Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 194. Merkur 1401, 4333.
Nach vollständigem Umbau
Täglich 8½ Uhr
Hulla di Bulla
Schwan von Arnold und Beeb
mit Guido Thieme er.
Schulz, Seher u. v. a. H. Möhring, Walter
R. u. Fink, Danner, Wenke

Lustspielhaus
Friedrichstr. 26. Bertram 240/25.
Täglich 8½ Uhr
„Wiegenlied“
Käthe Hasek, Paul Holtenberg
Vormittag 11, beiden Hüttern ab
10 Uhr ununterbrochen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
Uraufführung
Apollo.
Brunnenstraße
Volksstück von
Großmann
und Hessel.
Musik: Theodor
Käthe.
Regie: Arno Schindler.

Stadt. Schiller-Th.
8 Uhr
Hans im Schnakenloch
Theater am
Schilldenkmal
A. V. 4
19½ Uhr
Die Gartenlaube
Städt. Oper am Platz
Cur Regenhild
3 Uhr
Fidelio

Deutsches Theater
D. L. Norden 12310
Tägl. 8½ Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg. Max Reinhardt

Kammerspiele
D. L. Norden 12310
Täglich 8½ Uhr
Désiré
Komödie
von Sascha Guitry.
Regie: Leo Mittler.

Die Komödie
11 Bismarckstr. 2414/2516
Täglich 8½ Uhr
Vom Teufel geholt
von Kurt Hamsen
Regie
Max Reinhardt.

Th. a. Holländerplatz
Vork. 10-2 Kl. 2001
Täglich 8½ Uhr
Gastspiel des
Deutschen Theaters
Die Fledermaus
Regie: Max Reinhardt.

Lessing-Theater
Norden 10846
Täglich 8 Uhr
Affäre Dreyfus
von Rehrlich und
Heriot

NEUE WELT
U-Bahn Hermannplatz
Arnold Scholz
Heinrichs 100, 14
Täglich
Grosses Bockbierfest
in den bayr. Alpen
7 Kapitel. — Neue Instrumente. — 50 bayrische Musik.
Eint. 6 Uhr.
Sonnabends u. Sonntags: Grosser Alpenball.

Winter Garten
8.15 Uhr Tent. 2019 Rahmen ertönt
Original 16 Lawrence Tiller-Girls
Paul Westermeyer, Ernest & Yvonne etc.

Theater l. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926 927 8½ Uhr
... Vater sein, dagegen sehr
Sonntag nach nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
Straße 132
Teleph. Alexander 3422 u. 3494
Täglich 8½ Uhr.
Sonntags 8.15 und 9 Uhr
Die Czardasfürstin
Große Operette von Emmerich Kálmán.
Jeden Mittwoch nachm. 5 Uhr
„Max und Moritz“
und der Wellenochtmann
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr
Sonntag 2.00
Der gestiefelte Kater

Kleines Theat.
Merkur 1624
Täglich 8½ Uhr
Max Adalbert
in
Das Parfum meiner Frau
Lustsp. v. Leo Lenz

Barowsky-Bühnen
Theater in der
Gieselerstraße
Täglich 8½ Uhr
Die erste Mrs. Selby
mit
Fritz Messary

Komödienhaus
Täglich 8½ Uhr
Der Lügner und die Nonne
mit Curt Götz

Metropol-Th.
8½ Uhr
Das Land des Lächelns
Vera Schwarz,
Richard Teuber
Musik von
Franz Lehár.

Komische Oper
Friedrichstr. 194.
Merkur 1401, 4333.
Allabendlich 8½ U.
Bulla di Bulla
Schwan von Arnold und Beeb

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922, 23.
Allabendlich 8½ U.
Wiegenlied
Lustspiel von Ladislav Faltis

Direktion
Dr. Robert Klein
**Deutsches
Künstler-Theat.**
Barbarossa 3907
8½ Uhr
„Eins, zwei, drei.“
Regie:
Gustav Hartung.
Vater wird geblutet!
SOUPER
von Franz Molnar
Regie: Max Wigert

Berliner Theater
Dönhof 170
14 Uhr Ende 11½
**Seltames
Zwischenspiel**

Jetzt LUX SEIFENFLOCKEN billiger

90 75 50 40

Eine freudige Überraschung für Sie! Die guten, reinen Lux Seifenflocken sind erheblich billiger geworden. Waschen Sie Ihre Strümpfe, Ihre Wollkleidung und alle feinen Sachen, deren Erhaltung Ihnen am Herzen liegt, nur mit den milden Lux Seifenflocken. So waschen Sie schonend, zuverlässig und wirklich billig. Achten Sie beim Einkauf immer auf die bekannten blauen Packungen, die jetzt nur noch 40 und 75 Pfennige kosten.

SUNLICHT GESELLSCHAFT AG. MANNHEIM

CASINO-THEATER
Lohriener Straße 37
Nur noch bis 2. Januar 1930
Familie Hannemann
Donnerstag, den 23. Januar 1930
zum 1. Male
Seine Hoheit der Beller.
Juli 1928 101 1-4 Personen
Festsaal nur 1.35 Mk., Saal 1.75 Mk.
Sonntags Preise: Parkett 6, Rang 6.00 Mk.

Operettenhaus
Alte Jakobstr. 4/32
(Zentral-Theater)
Täglich 8½ Uhr
Der Soldat der Maria
Sonntag nachm.
5 Uhr
Kleine Preise
Friederike

Planetarium
am Zoo
1022. Nachmittags 10½
u. 8.30 Barbarossa 5378
19½ Uhr Die Winter-
sternbilder
18½ Uhr Der Fluch
des Jagers.
20½ Uhr Märchen-
Lichtspiele
Eingangs 1 Mark.
Kinder 50 Pf.
Mittwochs halbe
Kassenpreise.

Reichshallen-Theater
Abends 8½ Sonntag nachm.
Das große Januar-Programm
Stettiner-Sänger
Königsplatz 11 250

Dönhoff-Brett:
Das Familien-Variete
18 Kammer-, Konzert, Tanz

Der Held des blutigen Sonntags

Unschlüssig der W. Wiederkehr des Tages, an dem Arbeitermassen, die sich zwecks einer friedlichen Manifestation dem Winterpalais des Zaren in St. Petersburg näherten, von der kaiserlichen Garde rücksichtslos niedergemetzelt wurden — was den Ausbruch zum Ausbruch der ersten Revolution gab, — verdient das äusserst aufschlussreiche und bisher unbekannte Material der Džrana über den Organisator dieser Arbeiterdemonstration, den Papen Gapon, besondere Beachtung. Dieses Material, dessen Veröffentlichung in Moskau bevorsteht, rückt die abenteuerliche Persönlichkeit des „roten Papen“, dessen Lebenslauf jeden Kriminalroman in den Schatten stellt, in ein vollständig neues Licht.

Gapon war ein populärer Popen in einem Petersburger Vorstadtviertel und verstand es, in seinen Predigten den Kontakt mit seiner Gemeinde, die beinahe ausschließlich aus Arbeitern bestand, zu finden. Er knüpfte zugleich Verbindungen mit der zaristischen Polizei an und informierte die „Džrana“ über die Stimmungen der Arbeiterschaft. Er spielte dabei ein doppeltes Spiel und schloß sich einer revolutionären Organisation an, die er überzeugte, daß seine Beziehungen zu der Polizei nur den einen Zweck hatten, die Arbeiter vor Verhaftungen zu warnen. Wenn der Popen „ehrsüchtiger“ diene, ist heute noch schwer festzustellen. Tatsache ist, daß er eine Manifestation der Arbeiter des Petersburger Bezirks, in dem es wegen Entlassungen und administrativer Verfolgungen zu Anfang des Jahres 1905 heftig wütete, vorbereitete, zugleich aber der Polizei versicherte, daß er eine Kundgebung, die die Ruhe der Zarenstadt gefährden könnte, unter keinen Umständen zulassen werde. Der Petersburger Polizeipräsident Fullon protegierte den Popen und war sehr überzeugt, daß Gapon ein treuer Diener des Zarismus sei. Als die Kunde von dem bevorstehenden Marsch der Arbeiter zum Zarenpalast bis zu den Ohren des Polizeipräsidenten drang, ließ er Gapon zu sich bestellen und sagte ihm: „Väterchen, ich bin ein einfacher Mensch, ein Militär und ein Diener des Zarenthrons. Geben Sie mir Ihr Wort, daß die Arbeiter sich nicht rühren werden, und ich will nichts gegen sie unternehmen.“ Ohne mit der Wimper zu zucken, erwiderte der Popen, der am Vorabend dieser Unterredung den Aufmarsch von Arbeiterkolonnen mit Frauen und Kindern für den kommenden Sonntag, den 9. Januar alten Stils, festgesetzt hatte, dem allmächtigen Polizeipräsidenten: „Erzählen, ich gebe Ihnen mein Priesterwort, daß keine öffentliche Kundgebung bevorsteht!“

Einige Tage später fand die historische Demonstration statt. Unzählige Arbeitermassen zogen durch die Straßen der Zarenresidenz, um dem Zaren ihre Beiden zu klagen — so hatte es der Popen den Arbeitern eingegeben. Schnell wurden Gardebataillonen zusammengezogen und das Winterpalais abgeperrt. Obwohl die Arbeiter durchaus friedlich gesinnt und unbewaffnet waren, eröffneten die Truppen, als die Demonstranten die Bannmeile zu durchbrechen drohten, für-mörderische Gewehrfire auf die Menge, in der sich viele unbeteiligte Passanten befanden. Die Massen zerstreuten sich erst gegen Abend und hinterließen unzählige Todesopfer auf dem Pflaster.

Die menschliche Stimmung der Arbeiter schlug in furchtbare Verzweiflung um. Gapon, dem die Verhaftung drohte, flüchtete rechtzeitig ins Ausland und begab sich in das Hauptquartier der russischen Revolutionäre, das in Genf residierte. Dort wurde er mit offenen Armen empfangen. Die Leiter der revolutionären Bewegung sahen in dem roten Popen eine Persönlichkeit, dem eine führende Rolle in der jetzt scheinbar unaufhaltsam gemachten russischen Revolution beigemessen zu sein schien. Gapon erschien in Genf — mit abroschiertem Bart und in Sportkleidung, durch die er den Lalar des Popen ersehen hätte — in Begleitung eines diebstahligen, kaum 18jährigen jungen Mädchens. Es war seine Geliebte, eine Schülerin des Lyzeums, in dem Gapon das Amt des Seelsorgers versah. Das Mädchen betete ihren Geliebten an, er behandelte sie dagegen, wie man einen Hund nicht behandeln dürfte.

Sofort nach der Ankunft Gapons wurde in Genf eine Konferenz der Revolutionäre einberufen, zu der alle führenden Leiter

russischer Geheimorganisationen eingeladen erschienen. Es galt, einen einheitlichen Plan auszuarbeiten, um den Ausbruch der russischen Revolution zu beschleunigen. Unter den Eingeladenen befand sich der Matrose Matjuschanin, der Organisator des später weltberühmt gewordenen Aufstandes auf dem Panzerkreuzer Potemkin. Den Vorsitz bei der Konferenz führte Gapon. Der Plan ging darauf hinaus, aus England auf Schiffen Waffen für die Arbeiter nach Rußland einzuschmuggeln. Die ganze Arbeiterschaft des Riesens Reiches — versicherte der Popen — sei zum Aufstand bereit. Er selbst wollte sich an die Spitze des Arbeiterheeres stellen und die Massen des Volkes zum Siege führen.

Pflichtig trat eine Frau von seltener Schönheit in das Konferenzzimmer herein. Gapon stellte sie den Genossen als ein neues Mitglied der revolutionären Organisation vor. Es war eine russische Fürstin, die in Oxford studierte und nach dem blutigen Sonntag zu den Revolutionären übergegangen war. Ihr Parteiname war Larissa Petrowna.

Als Operationsbasis für die bevorstehende Aktion wurde Stockholm gewählt. Als der Sozialrevolutionär Poffe im Sommer 1905 in der schwedischen Hauptstadt eintraf, um den Waffentransport nach der finnischen Küste zu überwachen, fand er dort den roten Popen in Gesellschaft der hübschen Fürstin, die das bleiche Mädchen aus dem Herzen des priesterlichen Don Juans vollständig verdrängt hatte. In einer Dampfboot sollte der Transport des ersten Postens Maschinengewehre vor sich gehen. An der finnischen Küste sollte die Nacht landen und von Verschwörern an einen sicheren Ort geleitet werden. Ein zweiter größerer Waffentransport sollte zur gleichen Zeit auf dem englischen Dampfer „John Graffon“ für Larissa Petrowna, die außer Verdacht stand, fuhr „auf legalem Wege“ in ihre Heimat, um dort die Aufgabe, die ihr von den Revolutionären aufgetragen war, zu erfüllen, nämlich den Ministerpräsidenten Grafen Witte zu ermorden, um durch diese terroristische Tat allgemeine Bestürzung in den Kreisen der Regierung hervorzurufen.

Inzwischen geschah etwas ganz Unerwartetes — der englische Dampfer „John Graffon“, auf dem sich die geheime Waffensendung befand, wurde von russischen Zollbeamten bei der Einfahrt in russische Gewässer einer genauen Untersuchung unterzogen. Die Mannschaft, die von der revolutionären Organisation gut bezahlt war, handelte, wie es ihr für diesen Fall vorgezeichnet war — sie verließ den Dampfer und sprengte die ganze Ladung, ehe sie noch beschlagnahmt werden konnte, in die Luft.

Das Schicksal schien aber die Pläne der Revolutionäre durchkreuzen zu wollen. Gapon und sein Begleiter Poffe wagten jetzt nicht, da die Küstenpolizei besonders wachsam geworden war, mit ihrer Dampfboot zu landen, und mußten ein Motorboot benutzen. Kaum war die finnische Küste in Sicht, als ein kurzbarbarer Sturm ausbrach. „Da beruht es wohl, dich mit dem Teufelsbögen eingelassen zu haben?“, fragte tauschlich grinsend Gapon seinen Genossen. „Wir können leicht dem Wellertüfel in die Krallen fallen.“ fuhr der unbekanntliche Popen fort, „ich kann schwimmen, du bist aber rettungslos verloren, falls unsere Rußschale umkippt“. Eine starke Welle schleuderte nach diesen Worten, erzählt Poffe, das Motorboot an einen Felsen. Das Fahrzeug zerstückte, die Insassen konnten sich aber noch rechtzeitig an die felsige Küste retten. Wochenlang hielten sich Gapon und Poffe versteckt, wobei der Popen von der Zeit träumte, da er zum ersten Präsidenten der russischen Republik — er glaubte fest an seine Sendung — gewählt werden würde.

Es stellte sich bald heraus, daß die abenteuerlichen Pläne des Popen endgültig gescheitert waren. Gapon verschwand und setzte sich im Geheimen in Verbindung mit der Džrana, der er wieder seine Dienste als Spion anbot, wovon die Revolutionäre bald Kunde bekamen. Gapon wurde in eine leere Villa in Teriofi, einem Gebirge an der finnischen Küste, gelockt und laut Urteil des Fremdenrechts seiner ehemaligen Genossen gehängt. Die kurzen Zeitungsnotizen über den Leichensund in der Villa trugen die Ueberschrift „Selbstmord eines Unbekannten“.

Dr. Petrow.

Pflichtig haben alle Tiere das Haupt und äugten nach Michael hin. Im selben Augenblick knadte es, knirschte es, — und vor ihm stand der Hirsch, der Zwölfender drei Schritte vor ihm, sichernd, starr auf federnden Säulen.

Wenn der Hirsch jetzt das Gemisch niederbog und ihn verfolgte. — Das Herz pochte in Schläfen und Hals. Es war nicht Furcht, kaum Angst. Aber doch er nun plötzlich allein unter diesen riesigen Schattten war, deren Gesellschaft er gelüftet hatte, brach ihm die Fassung. Er hätte wohl nur in die Hände zu klatschen brauchen, und das ganze Rudel wäre auseinander getoben. Michael fühlte sich wie gelähmt.

Der Hirsch nahm den Menschen wahr. Sachte trat er etwas zur Seite und zog sich langsam zurück.

Die Schattten wuchsen um den Knaben, dann verblähten sie allmählich.

Mit großen glänzenden Augen ließ Michael heim. Sie hatten ihn zum Popen und Kellner bestimmt. Er aber wollte ein Förster werden. Oder vielleicht ein Tierphotograph, der mit seiner Kamera durch Bröckchen schmeckte. Er blieb kein Popen, er wollte zu einem Ausstopfer und Schmetterlingspräparator in die Lehre.

Die Zukunft lag vor ihm voller Herrlichkeiten. Es wagte darin von Bildern wunderbarer Tiere. . . Richard Gerlach.

Peter Scher: Das Gespräch

Der große Komiker Karl Valentin und seine Partnerin Bessl Karstadt unterhalten sich im Leben mit den gleichen Mitteln, durch die sie von der Bühne das Publikum unterhalten.

Das Publikum unterhält sich herzlich, wenn die beiden Theater spielen — aber doch nicht so gut, wenn die beiden sich unterhalten, wenn sie Publikum spielen. Etwa so:

Sie steigen als schlichte Bürger, der eine vorn, die andere hinten, in die Tram, nehmen einander gegenüber Platz, schauen im Wagen herum, sehen sich gleichgültig an.

Die Karstadt hat eine Tüte Zwetschen, die sie an einem Wagen gekauft hat, vor sich, klickt hinein, schüttelt den Kopf, sieht den Herren gegenüber fragend an.

Valentin, ihrem Bild begegnend, zwingt seinem grämlichen Gesicht den Ausdruck vorrägerer Interessiertheit auf, schnappt ein paarmal mit dem Mund, als entschloße er sich schwer, zu reden, sagt aber doch:

„Zwetschdigen S', Fräulein, was hamm S'u do?“

„Kepfi hamma do kocht“, sagt die Karstadt mit unsicherem Blick erst auf die Zwetschen, dann zum fremden Herren. . . „Ja, Keffi!“

„San dees Keffi. . .“ sagt Valentin, mit der spitzen Nase steifig gegen die Tüte schnuppernd — „dees san do Birn!“

Die Karstadt, leicht betroffen, aber vertrauensvoll:

„A woch net — i hab Keffi verlangt — nacha hot f mir dees geb'n!“

Valentin, mit energisch verneinender Kopfbewegung, aber doch nicht sicher und als human denkender Mensch auch Tertium silentis vorbehaltend: „Willecht san's Johannisbeer. . .?“

„Aaa“, sagt die Karstadt sicher, mit leichtem Triumph, — „de für san's zu groß!“

„Oder vielleicht Stachelbeer. . .“ fängt Valentin nachdenklich überlegend wieder an. „No sel doch auf der Reif vo' Italien der d' Stacheln meggangen sein oder“ — ein rechtshaberischer Zug leuchtet in seinen Augen auf: er ist der Lösung scheinbar nahe — „willecht Ba-na-nen?“

Der anderen Fahrgäste hat sich eine gewisse Unruhe bemächtigt. Einige hören erstaunt, einige bestrebt zu. Eine Höterin in der Ecke, die muskulösen Arme auf den Korb gestemmt, der auf ihrem Schoß steht, schüttelt ununterbrochen den Kopf; ihr Mund ist in maßloser Bewegung, ihre Augen schießen Blitze nach den beiden.

„Bananen“, sagt die Karstadt und es scheint, als ob sie diese Möglichkeit immerhin erwäge, während Valentin ihr mit lauterer Gelpantheit ins Gesicht starrt. . . Über schon gibt sie sich einen kleinen Auf und sagt mit einer gewissen, wenn auch milden Herablassung: „Aaa — für Bananen san' mir zu kurz.“

In diesem Augenblick löst die Höterin in der Ecke beide Häufte erregt auf ihren Korb, springt auf und schreit beherzt in den Wogen: „Aaa, seh' to i mi nimmer hot'n! Soldene Kindsviecher hab' i be' mei Lebtog net g'sehan. Jek' fema die alle zwoa net ama, hot dees Zwetschgen san!“

Schreit es, stürmt hinaus und steigt — die Tram hält gerade — wutstöhnend aus.

Valentin ihr nach:

„Sie — Frau —!“

Die Frau, mit hochrotem Kopf, dreht sich um und starrt ihn an. „Jek' hammas rausbracht, was is“, zischt Valentin mit geheimnisvoll gedämpfter Stimme: — „a Karstoffsalat is!“

Die Frau verspringt.

Hundert Millionen Schafe

Gemeint sind wirkliche Schafe, die in Australien leben. Im Jahr 1787 waren es drei Poare, und die Zahl der Menschen in Australien mag etwa 100 000 gewesen sein. Die Bevölkerung wuchs auf 6 Millionen, die Schafzahl auf 100 Millionen. Jede Familie hat im Mittel 25 Schafe. Und diese Schafe sind die Grundlage des Wohlstandes der Australier. Eine Herde von 100 000 Schafen kann durch wenige Reiter überwacht werden, nur für das Wollschneiden (Schur) braucht man mehr Menschen. Doch wird auch dies heutzutage mechanisch erledigt, so daß ein Mann täglich 200 Schafe schert. Der Australier deckt ein Viertel des Weltbedarfs an Wolle.

Australien hat sich mit einem hohen Maß von Schutzzöllen umgeben, seine Lebensmittel sind teurer als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Das gibt so lange gut, als die 100 Millionen Schafe einen gesuchten Artikel liefern. Die Wolle des Merinoschafes ist ausgeglichen. Aber: die Frauen der ganzen Erde wenden sich von der Wolle ab und gehen zur Seide und Kunstseide über! Was geschieht mit den 100 Millionen Schafen in Australien? Nach: Australien und vor allem Südafrika ziehen heute das australische Schaf auf ihrem eigenen Boden, um eine einheimische Wollwirtschaft zu schaffen. Es wird kein Scherzschaf vergehen, und Australien muß seine Schafe abbauen. Die anderthalb Milliarden Woll, die Australien bisher von der Welt für seine Wolle bezog, sind schon 1929 um einige hundert Millionen Woll zurückgegangen.

Der Laufjunge und die Hirsche

In einem jener Wälder, die noch heute hochwäldig in sich bergen, begann ein Knabe von fünfzehn Jahren mit wahrer Leidenschaft den Fährten der Hirsche zu folgen.

Michael diente im Sommer als Pöpe in einem der großen Hotels, die in dieser wegen ihrer landschaftlichen Schönheit berühmten Gegend florieren. Zur Aufwartung trug er ein weinrotes kurzes Mäddchen und lange gelbe Hosen. Jetzt aber, in der toten Saison, hatte das Hotel seine Tore geschlossen, und das Personal war einstellend entlassen. Michael besuchte zwar die Forstbildungsschule, verdiente sich auch hier und da als Laufjunge fünfzig Pfennig, im Übrigen aber war er zum Leidwesen seiner Mutter ein freier Herr.

Der Knabe verließ sich mit Haut und Haar den Hirschen. Wie wieder ist der Mensch einer so vorbehaltlosen Begeisterung fähig wie mit fünfzehn Jahren. Der erste Ansturm der sichtbaren Welt wirkt auf die noch ganz frisch und ungebrauchte Seele wie eine einzige Entzückung.

Michael war in der letzten Septemberwoche einem röhrenden Brunststier begegnet. Ein langer Ruf und dann abgrollend zwei andere hatten den Wald durchhallt, knöchern und langhohnuierend. Und plötzlich brach es im Unterholz, und der Hirsch schritt gerade auf den Knaben los. Er dampfte, warf das Haupt mit dem starken Gemisch zurück, und ein neuer Schrei enturgelte seiner Kehle. Die Schläge unter den Augen, die Tränenrinnen, wurden rund und weit wie Mäuler. Der Hirsch verhoffte, die Laufjunge wanderten auf und ab. Michael regte sich nicht. Auch der Hirsch stand nun starr. Aber unmerklich kam ein leichtes Lächeln über ihn, er wählte sein Gemisch in den Boden, und jäh wie eine Erscheinung entschwebte er.

Das war im September gewesen. Seitdem waren die Hirsche wieder still geworden, die Brunstzeit war vorüber. Aber das Erlebnis machte auf Michael solchen Eindruck, daß er sich vornehmlich täglich wenigstens einen Hirsch zu beschleichen. Gut, daß von diesem Vorhaben niemand etwas erfuhr. Die Jäger hätten wenig Freude

über ein Bürschchen erfahren, das planmäßig ihr Revier abstreifte. Das Bild konnte durch häufige Störungen rasch vergrämt werden.

Michael ging nicht töricht zu Werke. Nachdem er den Tagespönd und die Söhle ausfindig gemacht hatte, gönnte er Hirschen und Tieren dort den Frieden. Was für einen Sinn hatte es, durch die Fährtenjagd zu stoßen, und alles Lebende vor sich her zu scheuchen?

Er spürte die begangenen Wechfel aus, kletterte in einen Baum und wartete die Dämmerung ab. Am besten geeignet für die Beobachtung war ein Flog, wo die Wechfel in Schneisen oder Blähungen übergingen.

Wie schon oft hatte der Knabe in einer Astgabelung und rührte sich nicht. Der Waldlaut hallte. Einzelne Stächen ruberten im dunkelblauen Himmel, dessen Sterne in Scharen erglänzten.

Jetzt schob sich der Kopf der Leittieres durch die Zweige; jögern das ganze Rudel. Jeder einzelne Kopf senkte sich immer wieder, die Wechfel waren in Tätigkeit, ruckten hier ein paar Halme und dort ein Blatt. Gemächlich trösten sie an, immer wieder verhoffend. Da zog auch der Blaghirsch vorüber, ein kapitaler Zwölfer mit prachtvollen Stangen; Augenprosse, Mittelprosse, Elsprosse und Krone. Michael konnte die Bezeichnungen genau, eifrig lernte er alles, was mit der hohen Jagd zusammenhing. Ein Schmalstier und zwei Käiber bildeten den Beschluß.

Dieser arme Laufjunge und Pöpe, liehte die stolzen Hirsche. Mit hellen Augen begleitete er das Spiel der stahlharten Häute. Wie die Mähne sich wälzte, oben die spröden Brannen, darunter das feine Wollhaar. Ganz nahe war ihm der schwarze Schimmer der Fährten gewesen.

Heute wollte Michael es nicht dabei bewenden lassen, das Rudel von oben gesehen zu haben. Er sprang vom Baum und prüfchte vorsichtig nach. Die Schanzle war mit Heideboortraut bewachsen, der Tau hing daran und schlug sich Michael auf die Schuhe. Er konnte die großen Schattten in der Dunkelheit, hörte das leise Schnappen und Scharren. Aus den Röhren stieg Dampf auf.

